

# Sitzungsbericht

## 3. Sitzung der Tagung 1998 der XV. Gesetzgebungsperiode des Landtages von Niederösterreich

Mittwoch, den 20. Mai 1998

### Inhalt:

1. Eröffnung durch Präs. Mag. Freibauer (Seite 93).
2. Mitteilung des Einlaufes (Seite 93).
3. Ltg. 31/A-1/6: Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Friewald, Koczur u.a. betreffend Kontrollmaßnahmen aus Anlaß von Unregelmäßigkeiten bei freiheitlichen Institutionen in Niederösterreich.  
**Begründung der Dringlichkeit:** Abg. Friewald (Seite 94).  
**Abstimmung** (Seite 94).

**Berichterstatter:** Abg. Friewald (Seite 94).  
**Redner:** Abg. Mag. Schneeberger (Seite 95), Abg. Muzik (Seite 98), Abg. Mag. Fasan (Seite 100), Abg. Rosenkranz (Seite 102), Abg. Keusch (Seite 102), Abg. Mag. Weinzinger (Seite 105), LR Schimanek (Seite 107), Abg. Mag. Fasan (Seite 111), Abg. Auer (Seite 111), Abg. Marchat (Seite 115), LR Schimanek (Seite 115), Abg. Koczur (Seite 116), Abg. Mag. Riedl (Seite 116), LR Schimanek (Seite 119).

**Abstimmung** (Seite 120).

\* \* \*

PRÄSIDENT Mag. FREIBAUER (*um 13.00 Uhr*): Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich eröffne die Sitzung. Das Protokoll der letzten Sitzung ist geschäftsordnungsmäßig aufgelegt, es ist unbeanstandet geblieben, demnach als genehmigt zu betrachten. Von der heutigen Sitzung haben sich entschuldigt Herr Landeshauptmannstellvertreter Höger und Herr Abgeordneter Gratzner.

Ich bringe dem Hohen Hause folgenden Einlauf zur Kenntnis:

Ltg. 29/E-1/1 - Eingabe der Stadtgemeinde Raabs a.d. Thaya vom 12. Mai 1998 betreffend Änderung des NÖ Landschaftsabgabegesetzes.

Ltg. 30/B-42 - Bericht des Landeshauptmannes vom 14. Mai 1998 betref-

fend NÖ Energiebericht 1997, Bericht über die Lage der Energieversorgung in Niederösterreich 1966 und

Ltg. 32/B-40 - Bericht der Landesregierung vom 19. Mai 1998 betreffend Regionalmanagements - Tätigkeitsbericht 1997.

Ich weise diese drei Stücke dem Wirtschafts- und Finanz-Ausschuß zu.

Weiters teile ich dem Landtag mit, daß am 14. Mai ein Schreiben des NÖ Landtagsklubs der Freiheitlichen bei mir eingelangt ist mit folgendem Inhalt:

„Sehr geehrter Herr Präsident! Der Niederösterreichische Landtagsklub der Freiheitlichen teilt hiemit höflichst mit, daß mit sofortiger Wirkung Landtagsabgeordneter Franz Marchat die Funktion des Klubobmannes übernimmt.“

Das Verlangen der Abgeordneten Friewald, Koczur u.a. auf Einberufung dieser Landtagssitzung gemäß Art. 16 Abs.2 Landesverfassungsgesetz bzw. § 48 Abs.4 Landtagsgeschäftsordnung, Ltg. 31/A-1/6, wurde mit dem Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Friewald, Koczur u.a. betreffend Kontrollmaßnahmen aus Anlaß von Unregelmäßigkeiten bei freiheitlichen Institutionen in Niederösterreich begründet. *(Präsident Mag. Freibauer erhebt sich.)*

Hoher Landtag! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das Thema der heutigen Landtagssitzung ist keine alltägliche Angelegenheit. Ich habe mir in diesem Zusammenhang selbst zwei Fragen gestellt: Erstens: Womit beschäftigt sich heute der Landtag? Und zweitens: Wie soll sich der Landtag mit diesem Thema beschäftigen?

Zur ersten Frage: Der NÖ Landtag beschäftigt sich heute mit niederösterreichischen Politikern und mit Einrichtungen des NÖ Landtages. Es werden laut Dringlichkeitsantrag Fragen aufgeworfen, die an Verantwortungsträger in der NÖ Politik gerichtet sind. Es gehört zum Wesen eines Parlamentes, daß aktuelle Fragen diskutiert werden. Aus unserer Sicht sollte das sachlich und ohne persönliche Untergriffe geschehen. Es ist Aufgabe des gesamten Landtages, für Kontrolle zu sorgen und die zuständigen Kontrolleinrichtungen zur Tätigkeit aufzufordern. Es ist aber nicht Aufgabe des Landtages, Gerichtshof zu spielen. Deshalb sind hier im Landtag auch nicht Vorverurteilungen auszusprechen. Es ist die Pflicht des Landtages, ohne Verzögerung dafür zu sorgen, daß Schaden für die Bürger und das Land vermieden wird. Schaden entstünde auch dann, wenn die Politik versagt und die Politiker im Land grobe Fehler oder gar Gesetzesverletzungen begingen und dann nicht bereit wären, Fehler wieder gut zu machen.

Wie beschäftigt sich nun der Landtag mit diesem Thema? Das ist die zweite Frage. Alle vier Fraktionen hier im NÖ Landtag haben sich vorgenommen, heute für eine möglichst sachliche Diskussion zu sorgen, obwohl das gar nicht so leicht ist, weil ja heute nicht über Gesetzestexte und über Berichte der Landesregierung diskutiert wird, sondern über das Handeln und die Verantwortung der Menschen in der Politik. Es wird heute nicht nur Niederösterreich, sondern auch die Öffentlich-

keit weit darüber hinaus mit großem Interesse unsere Landtagssitzung verfolgen oder morgen darüber lesen. Es ist mein Wunsch als Präsident des NÖ Landtages, daß wir uns als Niederöreicher dann nach dieser Sitzung und morgen nicht schämen müssen. Und ich hoffe, ja, ich bin fest davon überzeugt, daß alle vier Fraktionen hier im Landtag heute einen guten Eindruck bei der niederösterreichischen Bevölkerung machen wollen. In diesem Sinne kommen wir zur Behandlung des Geschäftsstückes Ltg. 31/A-1/6. Und ich ersuche zu diesem Geschäftsstück Herrn Abgeordneten Friewald, die Dringlichkeit zu begründen. *(Präsident Mag. Freibauer nimmt Platz.)*

Abg. FRIEWALD (ÖVP): Geschätzter Herr Präsident! Hoher Landtag!

Zur raschen Aufklärung der Vorfälle und Hintanhaltung weiterer Schädigungen ist eine dringliche Behandlung dieser Frage unserer Ansicht nach notwendig.

PRÄSIDENT Mag. FREIBAUER: Danke, Herr Abgeordneter. Ich lasse über die Dringlichkeit abstimmen. *(Nach Abstimmung über die Dringlichkeit):* Mit Mehrheit angenommen! *(Zustimmung ÖVP, SPÖ, Grüne; Ablehnung FPÖ.)*

Ich ersuche den Herrn Abgeordneten Friewald nunmehr um seinen Bericht zu diesem Geschäftsstück.

Berichterstatter Abg. FRIEWALD (ÖVP): Geschätzter Herr Präsident! Hohes Haus! *(liest):*

"Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Friewald, Koczur, Dr. Strasser, Onodi, Mag. Freibauer, Cerwenka, Ing. Penz, Keusch, Breiningner, Muzik, Mag. Schneeberger, Auer, Lembacher, Kautz, Egerer, Rupp, Moser, Sacher, Hofmacher, Mag. Riedl, Dipl.Ing. Toms, Hinterholzer, Erber, Roth, Mag. Heuras, Schittenhelm, Nowohradsky und Dr. Michalitsch betreffend Kontrollmaßnahmen aus Anlaß von Unregelmäßigkeiten bei freiheitlichen Institutionen in Niederösterreich.

Am Montag vor zwei Wochen wurde in einem Zeitungsartikel über die Abgängigkeit eines Nationalrates der Freiheitlichen berichtet. In der Folge hat sich herausgestellt, daß das Verschwinden dieses Abgeordneten im Zusammenhang mit strafrechtlich relevanten Tatbeständen stehen dürfte. In weiterer Folge wurde bekannt, daß durch die geschäftlichen Tätigkeiten des Abgeordneten ein Schaden von zumindest 200 Mio S angerichtet worden sein dürfte. Schließlich hat sich herausgestellt, daß die Freiheitliche Partei

Niederösterreich bzw. der Niederösterreichische Landtagsklub der Freiheitlichen finanzielle Verbindlichkeiten in beträchtlicher Höhe aufweisen. Zumindest die Verbindlichkeiten des Landtagsklubs stehen offensichtlich im Zusammenhang mit den geschäftlichen Aktivitäten des Abgeordneten Rosenstingl. So hat der Freiheitliche Landtagsklub insgesamt 16 Mio S bei der Firma OMIKRON Wirtschaftstreuhandes GesmbH veranlagt, wofür ein Kredit von 10 Mio S aufgenommen wurde. Es erhebt sich die Frage, ob damit eine öffentlich-rechtliche Institution über herkömmliche Methoden der Veranlagung von Rücklagen hinaus Spekulationsgeschäfte getätigt hat. Es wäre zu klären, wie es zur Entstehung derart umfangreicher Verbindlichkeiten durch eine Partei oder einen Landtagsklub kommen kann, die weit über die ihnen zur Verfügung stehenden Mittel hinausgehen.

Schließlich ist bekannt geworden, daß die Freiheitlichen zur Absicherung zweier Kredite (ca. 10 und 30 Mio S) bei verschiedenen Bankinstituten ihre Ansprüche auf die ihnen zustehende Parteiförderung zediert haben. Der Landesregierung wurde inzwischen die Zessionsmitteilung der Banken zugestellt, wonach die den Freiheitlichen zustehenden Mittel aus der Parteiförderung den Banken direkt zu überweisen sind.

Diese Verschuldungen und Spekulationsgeschäfte lassen auf Mängel in der Geschäftsführung und in der Rechnungskontrolle dieser Organisationen schließen. Im Hinblick darauf, daß Parteien und Klubs öffentliche Gelder erhalten, müssen derartige Unzulänglichkeiten auch öffentliche Interessen berühren. Es scheint daher dringend geboten, die statutarischen Bestimmungen über Geschäftsführung und Rechnungskontrolle und deren praktische Handhabung bei den als juristische Personen des öffentlichen Rechts eingerichteten Landtagsfraktionen zu überprüfen. Als Prüfinstrument steht auf Grund des in der letzten Landtagsitzung beschlossenen Verfassungsgesetzes der neu eingerichtete Landesrechnungshof zur Verfügung.

Auf Grund von Überprüfungen steht fest, daß die gemeinnützige Wohnbau GesmbH 'Freies Wohnen' gravierende Mängel in der Geschäftsführung aufweist und über keine geordnete Vermögens- und Kapitallage verfügt. Zumindest bis Ende des vergangenen Jahres waren Politiker der FP Niederösterreich in diese Geschäftstätigkeit eingebunden. Insbesondere erhebt sich die Frage, wie die nötige Kapitaldeckung der Wohnbaugesellschaft im Hinblick auf die Verbindlichkeiten der NÖ FPÖ überhaupt bewerkstelligt werden soll. Diese Kapitaldeckung ist aber unbedingt notwen-

diges Erfordernis zur Vermeidung finanzieller Nachteile der Wohnungswerber. Es ist daher alles hervorzukehren, damit nicht Wohnungswerber zu Schaden kommen. Eine umfassende Kontrolle der weiteren Geschäftstätigkeit der gemeinnützigen Baugesellschaft 'Freies Wohnen' ist bereits eingeleitet und sollte über deren Ergebnisse und allfällig nötige Maßnahmen zur Abwehr von finanziellen Nachteilen für andere möglichst bald berichtet werden.

Zur raschen Aufklärung der Vorgänge und zur Hintanhaltung weiterer Schädigungen ist die dringliche Behandlung dieses Antrages gemäß § 28 LGO erforderlich.

Die Gefertigten stellen daher den Antrag:

'Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, im Sinne der Antragsbegründung die in ihrem Zuständigkeitsbereich gelegenen Vorkehrungen zu treffen, um weitere Schäden zu verhindern und in Zukunft derartige Vorkommnisse auszuschließen."

Ich ersuche den Herrn Präsidenten, die Debatte einzuleiten und die Abstimmung durchzuführen.

PRÄSIDENT Mag. FREIBAUER: Ich danke für die Berichterstattung und eröffne die Debatte. Zum Wort gelangt Herr Abgeordneter Mag. Klaus Schneeberger.

Abg. Mag. SCHNEEBERGER (ÖVP): Herr Präsident! Herr Landeshauptmann! Geschätzte Mitglieder der Landesregierung! Hoher Landtag!

Wir werden all jene enttäuschen, die von der heutigen Sondersitzung des NÖ Landtages eine Fortsetzung der verbalen Schlammschlacht im Parlament erwarten. *(Beifall bei ÖVP und SPÖ.)* Wir werden all jene enttäuschen, die glauben, daß wir mit einer Schmutzkübelkampagne, mit Kriminalisierungen und Pauschalverdächtigungen heute politisches Kleingeld machen wollen. Aber wir werden versuchen, all jene nicht zu enttäuschen, die von uns politische Kultur in einer sicherlich heiklen Situation erwarten.

In den letzten Wochen, ich würde fast meinen, in den letzten Stunden haben sich die Ereignisse rund um die Freiheitliche Partei, speziell die Freiheitliche Partei Niederösterreichs, rund um manche heute bereits ehemalige Nationalräte dieser Partei und um den ehemaligen Spitzenre-

präsentanten der Landespartei und im Landtagsklub überschlagen. Ereignisse in der politischen Landschaft Österreichs, deren Auswirkungen wir heute noch nicht ermessen können. Deren Epizentrum leider in unserem Bundesland liegt.

Dies ist auch der Grund, warum dieser Landtag in dieser Angelegenheit sich einfach nicht verschweigen darf und warum diese heutige Sondersitzung notwendig wurde. Im Raum steht der Verdacht der kriminellen Handlung eines nunmehr Ex-FPÖ-Nationalratsabgeordneten aus Niederösterreich. Im Raum steht, daß mit öffentlichen Geldern, also mit Steuermitteln, Spekulationen im Parteidunstkreis und im Herzen der Partei durchgeführt wurden. Im Raum steht der Verdacht der verdeckten Parteienfinanzierung und der persönlichen Bereicherung. Im Raum steht, daß im gemeinnützigen Wohnbau rund um die Wohnbaugenossenschaft "Freies Wohnen" Unregelmäßigkeiten zu Besorgnis Anlaß geben. Und im Raum steht die Behauptung, daß nur ein einziger Funktionär der Freiheitlichen Partei neben Peter Rosenstingl, nämlich Bernhard Gratzner, dafür verantwortlich zeichnet und informiert war.

Der Herr Präsident hat es schon erwähnt: Es ist nicht Aufgabe des Landesparlamentes, Schuldige zu suchen und Verurteilungen auszusprechen. Das werden die dafür zuständigen Gerichte tun. Unsere Aufgabe aber ist es, für materielle und immaterielle Schadensbegrenzung zu sorgen. Unsere Aufgabe ist es, vom Rest der freiheitlichen Landtagsriege lückenlose Aufklärung zu verlangen.

Wobei ich eines vorweg feststellen möchte: Es geht uns nicht um den Kriminalfall Peter Rosenstingl. Denn mir ist bewußt - und wahrscheinlich allen, die in diesem Raum sitzen - daß keine Organisation, auch keine Partei, vor Kriminellen wie Rosenstingl gefeit ist. Daher ist Besorgnis und nicht Schadenfreude am Platz. Es geht uns vielmehr um das politische Umfeld. Wie konnte das alles geschehen? Was war geschehen? Und welche Mechanismen können dies zukünftig verhindern? Wie kann es geschehen, daß vorerst sechs Millionen, in weiterer Folge zehn Millionen direkter oder indirekter Steuergelder der Spekulation zugeführt werden konnten?

Wenn man jetzt vermeint, es wären Kredite, aber keine Steuergelder, die hier der Spekulation unterworfen wurden, dann frage ich mich, mit welchen Geldern würden die Kredite zurückgezahlt werden? Natürlich mit den Förderungsgeldern der Parteienfinanzierung. Daher ist direkt die Frage der Spekulation von Steuergeldern angesprochen.

Was soll man von der Verantwortung einer Partei halten, daß keiner oder vielmehr nur einer davon wußte? Wie schaut die Finanzgebarung dieser Partei aus und im speziellen die ihres Klubs? Und wie ihre Kontrollmechanismen? Unbestritten ist, daß Bernhard Gratzner Spekulationen durchgeführt hat. Durfte er sie alleine machen? Wer hat davon gewußt? Gibt es ein Klubstatut? Wenn ja, wurde dagegen verstoßen? Wer war Kassier? Wußte er von den Spekulationen? Wer sind die Rechnungsprüfer? Haben sie ihre Aufgaben wahrgenommen? Alles Fragen, worauf wir Antworten haben wollen.

Pikant, Hohes Haus, wird die Angelegenheit dann, wenn man weiß, daß diese Partei fünf Jahre lang in der Person des Klubkassierstellvertreters, des Abgeordneten Dkfm. Rambossek den Kontrollausschußobmann im Land gestellt hat. Vielleicht erscheint es nunmehr unter einem anderen Licht, daß im Zusammenhang mit der Installierung des Landesrechnungshofes die Freiheitlichen diesen abgelehnt haben. Wahrscheinlich wußten sie zu diesem Zeitpunkt, oder ahnten sie, daß sich dieser wahrscheinlich in der Anfangsphase seines Wirkens bereits mit ihrer Causa zu beschäftigen haben wird. Pikant wird die Angelegenheit auch dann, wenn dieselbe Partei mit ihrem Slogan "Macht braucht Kontrolle" um Wählerstimmen geworben hat - und dies durchaus erfolgreich. Pikant wird die Angelegenheit aber auch dann noch, wenn man davon ausgeht, daß diese Partei immer wieder sich selbst zum Hüter der Sauberkeit und der Moral in der Politik ernannt hat. In diesem Zusammenhang lassen Sie mich eine druckfrische Glosse zitieren: „Jetzt, wo die 'Bande des Robin Hood' - unter Führungszeichen -, der vorgeblich den Reichen nimmt und den Armen gibt, immer öfter dabei ertappt wird, in die eigene Tasche zu arbeiten, werden die Zweifler und auch die Enttäuschten zunehmen“ (Ende des Zitats). Kommentar überflüssig.

Ich stehe in diesem Zusammenhang nicht an, festzustellen, daß der gestern verkündete Schritt, die Klubunterlagen der F der Wirtschaftspolizei übergeben zu haben, ein Schritt in die richtige Richtung ist. Es kann aber nur ein erster und kleiner Schritt sein, dem weitere folgen müssen. Nur unglaublich klingen jedoch in diesem Zusammenhang die Aussagen des nunmehrigen Klubobmannes Marchat, der in einer Funktion als Landesgeschäftsführer engster Vertrauter Gratzners war und Schulter an Schulter mit ihm auftrat, wenn er behauptet, ich zitiere wörtlich, er sei „sauber“ und er sei „nicht eingeweiht“ gewesen. Hohes Haus! Sagen Sie mir einen Parteisekretär in ganz Österreich, auf Bezirksebene, auf Landesebene

und auf Bundesebene, egal, welcher Partei, der keinen Einblick in die Finanzgebarung hat! Diese Argumentation ist lächerlich! Noch dazu, wenn derselbe Abgeordnete Marchat zum Thema Parteienförderung noch am 26. März 1996 sich öffentlich in einer Pressekonferenz geäußert hat. Es gehören doch diese finanziellen Dinge zu den ureigensten Aufgaben eines Parteigeschäftsführers oder Parteisekretärs. *(Abg. Marchat: Das ist vorverurteilen, Herr Schneeberger! Haben Sie den Worten des Präsidenten nicht zugehört? Wir werden Ihnen das schon erklären!)*

Wenn der Bundesgeschäftsführer der Freiheitlichen Partei Westenthaler laut der Fernsehendung "Zur Sache" sogar Einblick in die Gebarung der Grünen hat und deren Schuldenstand bis auf einen Schilling genau weiß und detaillierte Darstellungen über den freiheitlichen Sozialfonds hat, dann ist es doch, meine Damen und Herren, eine Selbstverständlichkeit, daß wir annehmen können, daß der Landesgeschäftsführer derselben Partei in Niederösterreich, nämlich der nunmehrige Abgeordnete und Klubobmann Marchat, zumindest seine eigene Finanzgebarung in- und auswendig kennt! *(Beifall bei der ÖVP und Abg. der SPÖ.)*

Nämlich jener Abgeordnete Marchat, der in den letzten fünf Jahren von diesem Rednerpult aus immer wieder durchaus mit detaillierten Informationen auftrumpfte - ich meine das positiv. Ich halte den Abgeordneten Marchat nicht für so „blauäugig“ - im doppelten Sinn des Wortes -, nichts gewußt zu haben, aber ich halte ihn für schlau genug, so wie er es in derselben gestrigen Presseaussendung selbst formulierte, schlau genug, nichts unterschrieben zu haben.

Nur, die vermeintliche Ahnungslosigkeit und Unwissenheit über die finanzielle Situation der FPÖ, aller Verantwortungsträger der niederösterreichischen Freiheitlichen, müßte zumindest zu jenem Zeitpunkt zu Ende gewesen sein, als man am 12. November 1997 einen 30 Millionen-Kredit bei der Volksbank Niederösterreich Mitte aufgenommen hat. Und die der FPÖ gebührenden Parteiförderungsgelder hierfür zediert wurden. Denn eines, glaube ich, ist in diesem Raum auch als bekannt voranzusetzen: Forderungen - es möge Ausnahmen geben - Forderungen zediert man nur, wenn man eine finanzielle Notwendigkeit hat, in einer Notsituation ist. Weil es der Reputation eines Unternehmens, geschweige denn einer Partei alles andere als zuträglich ist, zu wissen, daß man, um überhaupt über finanzielle Ressourcen verfügen zu können, Forderungen zu zedieren hat. Und wenn dieser Umstand, Hohes Haus, über diese finanzielle Situation den Mitgliedern des

Partei Vorstandes und vor allem dem Geschäftsführer dieser Partei nicht bekannt ist oder war, grenzt diese Ahnungslosigkeit an Fahrlässigkeit. *(Beifall bei der ÖVP und Abg. der SPÖ.)*

Daß im Jahr 1993 für einen anderen 10-Millionenkredit bereits eine Zession durchgeführt wurde, und damit ein- und dieselbe Forderung ohne Rangeinräumung - ich betone, ohne Rangeinräumung - an zwei Bankinstitute unterschiedlicher Provenienz zediert wurde, ist mehr als bedenklich. Der Verdacht einer verbotenen Doppelzession ist naheliegend. Daher begrüße ich, daß das zuständige Landesregierungsmitglied unverzüglich eine Sachverhaltsdarstellung an die Staatsanwaltschaft gesendet hat. Eine Frage jedoch, Hohes Haus, bleibt in diesem Zusammenhang offen: Schlummern noch irgendwo andere Zessionen, die das Land Niederösterreich oder andere Adressaten in diesem Zusammenhang zu erwarten haben? Hier, geschätzte Damen und Herren der Freiheitlichen Partei, wäre ein Offenbarungseid am Platz.

Hohes Haus! Wie kann es geschehen, daß das Abenteuer freiheitlicher Wohnbaupolitik, ich zitiere Landesrat Schimanek, von demselben Herrn Landesrat Schimanek für beendet erklärt wird, der 1995 mit Stolz die erste freiheitliche Gemeinnützige Wohnbaugenossenschaft, nämlich "Freies Wohnen" aus der Taufe gehoben hat, um - wie er damals lauthals verkündete - es den anderen gemeinnützigen Wohnbaugenossenschaften zu zeigen. Um ihnen zu zeigen, wie man es macht. Jetzt, Herr Landesrat Schimanek, wissen wir, wie man es nicht macht!

Und noch etwas, Herr Landesrat Schimanek: Sie können zwar politisch, was die Wohnbaugenossenschaft "Freies Wohnen" anlangt, Kindesweglegung demonstrieren. Aber für die Zeit Ihrer Tätigkeit sind Sie aktienrechtlich voll haftbar. Noch dazu, wo alle Ausgaben über Schilling 100.000,- aufsichtsratspflichtig waren. Ich bin überzeugt, Hohes Haus, daß wir uns mit dieser Angelegenheit hier in diesem Haus noch intensiv auseinanderzusetzen haben. Denn so leicht, wie Sie es sich machen wollen, unter dem Motto, „hinter mir die Sintflut“, und „sie geht mich nichts an“, wird es sicher nicht gehen. Denn ein nunmehr vorliegender Prüfungsbericht über das Geschäftsjahr 1996 beschreibt ein Desaster. Und das nur über das Jahr 1996: Buchführungspflichten wurden nicht eingehalten, das Eigenkapital nahezu aufgebraucht, Akonto-Zahlungen verfrüht und überhöht ausbezahlt, Grundstücke zu überhöhten Preisen vom eigenen Prokuristen gekauft. Dubiose Firmenkonstruktionen rund um den

Wohnbau runden das Bild ab. Im Aufsichtsrat, man höre und staune, saßen zu diesem Zeitpunkt unter anderem die Herren Schimanek, Rambossek, Gratzner, Waldhäusl. Meine Herren! Können Sie garantieren, daß den Wohnungswerbern bzw. allen anderen Vertragspartnern kein Schaden erwachsen wird? Können Sie garantieren, daß hier nicht Gelder zur persönlichen Bereicherung von Funktionären oder verdeckt in Parteidosen geflossen sind? Können Sie garantieren, daß hier nicht zusätzliche Steuergelder zur Sanierung notwendig sind und hineinfließen? Es ist abzuwarten, welche Ergebnisse die zusätzliche Prüfung, die vom zuständigen Landesregierungsmitglied, von Frau Landeshauptmannstellvertreter Prokop eingeleitet wurde, ergeben. Ich erwarte, daß der Landtag dann entsprechend informiert wird und die entsprechenden Schlüsse zieht.

Hoher Landtag! Ich habe bewußt vermieden, Vermutungen und Sachverhaltsdarstellungen diverser Magazine oder anderer Medien zu zitieren oder zu kommentieren. Sondern nur die bis heute erwiesenen Fakten hinterfragt. Es liegt nun an Ihnen, meine Damen und Herren der Freiheitlichen Partei, alles lückenlos aufzuklären und dort, wo Fehlleistungen sind, die entsprechenden Konsequenzen zu ziehen. *(Beifall bei der ÖVP sowie Abg. der SPÖ.)*

Ich möchte meine Ausführungen mit einem Zitat beenden: "Ich halte diese Zustände des Verschweigens, des Verdrängens, des Zudeckens für unhaltbar. Ich halte diese Politik schlechthin für gefährlich. Deshalb braucht es in diesem Land ein politisches Gegengewicht. Gegen das unwahre Ganze hilft nur die ganze Wahrheit. Wer die Staatskassen plündert, hat erarbeitetes Steuergeld leichtfertig vernichtet. *(Abg. Waldhäusl: Das habt Ihr eh lange genug gemacht, oder?)* Wer die Bürger für dumm verkaufen will, muß mit unserem Widerstand rechnen." Niemand geringerer als Ihr Parteivorsitzender hat diese Worte gesagt. Nur, Dr. Haider braucht die FPÖ nicht neu gründen. Er soll uns damit verschonen. Vielmehr soll er nur sich selbst und seine eigenen Funktionäre an seinen Worten messen. *(Beifall bei der ÖVP, SPÖ und Abg. Mag. Fasan.)*

PRÄSIDENT Mag. FREIBAUER: Als nächster zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Muzik.

Abg. MUZIK (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren des Landtages!

Durch die Flucht des Abgeordneten Rosenstingl wurde, so möchte ich meinen, ein neuer

Akzent im Sittenbild der „Partei für die kleinen Leute“, wie sich die FPÖ selbst bezeichnet, gesetzt. Und ich möchte ebenfalls wie mein Vorredner meinen, es steht im Raum: Nämlich Täuschung von Gläubigern und Banken, Aufnahme von ungesicherten Krediten. Man könnte auf Grund der Medienberichte fast von betrügerischen Handlungen sprechen. Dies, meine Damen und Herren, hat momentan zu einem Schaden bei Gläubigern in der Höhe von zirka 200 Millionen Schilling geführt. Und um dieses zu bestätigen und zu untermauern, möchte ich folgenden Artikel des "Standard" vom 16. Mai 1998 zitieren, meine Damen und Herren. Daher meinte ich zuerst, es steht im Raum. Der "Standard" meint: „Wasser predigen und Wein trinken. Die Affäre Rosenstingl eröffnet Einblick in das System freiheitlicher Mißwirtschaft. 'Rosenstingl ist nicht mehr unser Fall. Dieser gewöhnliche Gauner wird das freiheitliche Projekt nicht zum Stoppen bringen'. Vollmundig wies der geschäftsführende Klubobmann Ewald Stadler im Parlament jegliche Verwirklichung der FPÖ in den Finanzskandal von sich. Nachdem Jörg Haider Peter Rosenstingl von der freiheitlichen Gesamtsumme subtrahiert hatte, kam er auf die Zahl von 99,9 Prozent anständiger FPÖ-Funktionäre.

Die Verteidigungsstrategie der freiheitlichen Führung wurde inzwischen von den Fakten mehrfach überrollt. Denn die Causa Rosenstingl ist längst nicht mehr der Betrug eines einzelnen Mannes, sondern eine Affäre der gesamten freiheitlichen Führung in Niederösterreich. Der Sumpf ist ganz wesentlich ein Skandal des FPÖ-Systems: Der Landtagsklub hat aus Profitgier mit Steuergeldern spekuliert. Der Schaden beträgt 10,5 Millionen Schilling. Dagegen schreiben die Parteiförderungsgesetze genau vor, wofür öffentliche Unterstützungen zu verwenden sind.“

*(Abg. Waldhäusl: Dafür macht Ihr eine „Dringliche“, daß Ihr Zeitungen lest?)*

„Es wurde seit Jahren gezielt ein Geflecht an Wohnbaufirmen aufgebaut, um hier Geschäfte zu machen. Der Revisionsbericht weist nach, daß es Unregelmäßigkeiten gibt. Was mit den Geldern geschehen ist, ist noch ungeklärt.

Die Mißwirtschaft fand nicht nur in den Wohnbaufirmen statt, sondern auch in der Landespartei, die auf einem Schuldenberg von 30 Millionen sitzt.

Jörg Haider hat zumindest seit 1994 von den undurchsichtigen finanziellen Aktivitäten der niederösterreichischen Landesgruppe gewußt. Er hat aber bewußt auf die Gruppe und Bernhard Gratzner und Erich Schreiner gesetzt, die für den Aufbau der Firmenkonstruktion die Hauptverantwortung tragen. Jene, die Klarheit in den dubiosen finanziellen Angelegenheiten verlangten, wie der St. Pöltner Obmann Heinrich Haltmeyer, wur-

den mit Haider's Hilfe demontiert.

Obwohl der Kampf gegen die roten und schwarzen Wohnbaugesellschaften ein Hauptthema von Haider's Wahlkämpfen war, hat er gegen die eigene blaue Wohnbaufirma nichts unternommen. Er, der ansonsten kaum eine Gelegenheit ausläßt, die Partei und ihre Funktionäre an die Kandare zu nehmen und sich Durchgriffsrechte sichern läßt. Die FPÖ predigt Wasser und trinkt Wein.

In der ersten Reaktion wurden 'gläserne Kassen' versprochen. Doch wer von diesem Angebot Gebrauch machen will, wird abgewiesen und auf die Zukunft vertröstet. Es wird hier in aller Öffentlichkeit einfach etwas anderes behauptet als tatsächlich passiert. Dabei war Rosenstingl auch Kassier des Parlamentsklubs.

Dieses freiheitliche Sittenbild wird vollständig durch frühere Affären: Den Datenklau der Salzburger Freiheitlichen, die Steuerhinterziehung des früheren Generalsekretärs Walter Meischberger, die Verurteilung von Gernot Rumpold. Sehen so die Anständigen, Fleißigen und Ehrlichen aus?

Aber Selbstverantwortung und Kritikfähigkeit sind nicht die primären Kriterien, an denen sich die Freiheitlichen orientieren. Vorrangig ist die völlige Unterwerfung unter ihren Führer, die einer Willenslosigkeit gleichkommt. In Wahrheit sind Haider die eigenen Funktionäre lästig, ein Klotz am Bein. Ihre Hauptaufgabe ist die Bejubelung des Führers und die Exekutierung seiner Anordnungen. Wie groß die Ergebenheit ist, läßt sich unter anderem daran ablesen, daß sich kein einziger FPÖ-Mandatar gegen die von Haider verordneten zivilrechtlichen Verträge mit Schadenersatzklage ausgesprochen hat. Diese Verträge verstoßen gegen das freie Mandat, die Verfassung und die Demokratie.

Die Partei der selbsternannten Saubermänner sei durch den Sündenfall Rosenstingls eine Partei wie jede andere geworden, argumentieren manche. Es ist wesentlich schlimmer: Die Kluft zwischen dem verkündeten Anspruch und dem tatsächlichen Verhalten ist selten so groß wie bei der freiheitlichen Jagdgesellschaft." Ende des Zitates.

Meine Damen und Herren! Wie der Wohnbauskandal der FPÖ in Niederösterreich deutlich gezeigt hat, besteht die FPÖ Niederösterreich aus Geschäftsführern, Aufsichtsräten, Gesellschaftern etc. eines Firmengeflechtes, zumeist mit Firmensitz in der Unterwagramer Straße 1 - gleichzeitig der Sitz der freiheitlichen Landesorganisation -, die sich gegenseitig, möchte man meinen auf Grund dieses Artikels, die Geschäfte zuschanzen. So entschieden in der Privatstiftung "Freies Wohnen" - Sitz ebenfalls Unterwagramer Straße 1 - der Abgeordnete Ofner und der Landesrat Schimanek über die Aktivitäten der "Freies Woh-

nen Gemeinnützige Wohnbaugesellschaft m.b.H.", wo sie gemeinsam mit der "Holiday Home"-Immobilienverwaltungsgesellschaft das Sagen hatten, streng kontrolliert durch den Aufsichtsrat Abgeordneten Schreiner. Damit allerdings die Hermann Mentil GesmbH, deren Sitz zufälligerweise ebenfalls in der Unterwagramer Straße 1 ist, nicht völlig losgelöst agiert, war dort der Abgeordnete Schreiner auch Gesellschafter. Völlig losgelöst agiert natürlich die "Freie Zukunft" Grundstücksverwertungs GesmbH, die im Eigentum der FPÖ Niederösterreich und der "Holiday Home" Immobilienverwaltungsgesellschaft steht, wo der Abgeordnete Mentil in Oberwagram Anteile im Wohnungseigentum hat. Weitere Anteile hat die "Holiday Home"-Immobilienverwertungs GmbH, die "Freie Zukunft Grundstücksverwaltungs GmbH". Und, meine Damen und Herren, zur Verbesserung und Vertiefung der Beziehung geschäftlicher Art haben die Abgeordneten Schreiner und Rosenstingl vor einigen Jahren eine Kommanditerwerbsgesellschaft gegründet, die allerdings von Abgeordneten Schreiner am 5. Mai 1998 aufgelöst wurde.

Meine Damen und Herren! Wenn man die täglichen Pressemeldungen zur Hand nimmt, heißt es, und ich zitiere nur die Überschriften von einigen: "Die Baugeschäfte im Dunstkreis der FPÖ in Niederösterreich und ein Betrugsprozeß". "Unregelmäßigkeiten um FPÖ-Wohnfirma". "Die FPÖ-Genossenschaft 'Freies Wohnen' scheint nach zu hohen Zahlungen an Bauträger insolvenzgefährdet". "Niederösterreichs FPÖ verpfändet Parteiförderung doppelt". "Saubermänner unter Betrugsverdacht". "Blauer Wohnen im Sumpf".

Interessant ist allerdings, meine Damen und Herren, der Artikel der "Presse" von gestern, nämlich Dienstag, den 19. Mai 1998. Hier ist die Rede von der „Blauäugigkeit zum blauen Auge“. Ich möchte ihn nicht vollständig zitieren, denn mein Vorredner ist darauf bereits eingegangen. Es beginnt ebenfalls mit der Gründung im Jahre 1995 mit 7,5 Millionen Anteilen und dergleichen mehr. Es sind also in diesem Bericht ersichtlich, wie auch die Grafik darlegt, die Verflechtungen der Freies Wohnen Privatstiftung, Freies Wohnen Wohnbau GmbH, was ich bereits ja alles zitierte, Holiday Home Bauträger GmbH, Holiday Home Bauträger GmbH & Co KG, Freie Zukunft, private Wohnungskäufer und die Parteizentrale. Eine Aufschlüsselung der Verflechtungen, meine Damen und Herren. Und ich bin der Meinung, daß hier einiges aufklärungsbedürftig ist. Es ist aber auch zu prüfen, wie weit Gelder verspekuliert und ver-

schwendet wurden, welche Rolle die FPÖ und die "Holiday Home" gespielt haben. Und, wie ebenfalls mein Vorredner bereits erwähnte, wer garantiert für die Mieter, die bereits Anzahlungen geleistet haben? Denn Familien, welche dies getan haben, zittern jetzt um ihr Geld, meine Damen und Herren. Es ist irgendwo auch verständlich, denn ohne eine Eintragung im Grundbuch könnte es sein, daß sie bei einem Konkurs oder Ausgleichsverfahren ihr Geld verlieren. (*Abg. Waldhäusl: Jetzt erzeugen Sie aber Unsicherheit, Herr Kollege!*) Dies wäre sicher ein Skandal, meine Damen und Herren.

Und mit einer Aussage von FPÖ-Parteibmann Jörg Haider bezüglich Moral, Korruption und Politikprivilegien möchte ich meine Ausführungen zu diesem Thema am heutigen Tage beenden: „Hier blüht im Verborgenen ein Sumpf, den es trockenzulegen gilt.“ Meine Damen und Herren! Geschätzte Abgeordnete der FPÖ! Ich würde empfehlen, nehmen Sie sich diese Aussage Ihres Parteibmannes zu Herzen. Ich danke für die Aufmerksamkeit. (*Beifall bei der SPÖ und Abg. der ÖVP.*)

PRÄSIDENT Mag. FREIBAUER: Zum Wort gelangt nun Herr Abgeordneter Mag. Fasan.

Abg. Mag. FASAN (*Grüne*): Herr Präsident! Hohes Haus!

Erlauben Sie mir, daß ich als Stadtrat für Wohnungswesen insbesondere die vorliegenden Berichte über die Wohnbaugenossenschaft "Freies Wohnen" ein wenig näher aufgreife und politisch zu beleuchten versuche. Ich möchte mich dabei nicht auf irgendwelche Medienberichte beziehen, sondern ich möchte direkt den Prüfbericht näher beleuchten, weil ich denke, es ist sinnvoller, beim Schmied zu beginnen und nicht beim Schmiedl.

Klar ist, daß sich hier in ganz besonderer Art und Weise öffentliche Interessen, Gemeinnützigkeitsinteressen und private, wirtschaftliche Interessen verschmolzen haben und diese Verschmelzung zu diesem Desaster geführt hat. Aufsichtsratsmitglieder der "Freies Wohnen" waren im Jahr, das überprüft wurde, nämlich im Jahr 1996, unter anderem die hier anwesenden Abgeordneten Dkfm. Rambossek, Waldhäusl, und Gründungsmitglied der Herr Landesrat Schimanek. Aufsichtsratsmitglieder waren weiters der Geschäftsmann Uher, der gleichzeitig Bauträger, also Generalunternehmer dieser Wohnbaugenossenschaft war, Miteigentümer und gleichzeitig auch noch einer,

der als Aufsichtsratsmitglied sich selber hätte prüfen sollen. Gleichzeitig hat dieser Generalunternehmer überhöhte Rechnungen gelegt. Hat Rechnungen gelegt, deren Leistungen noch gar nicht erbracht wurden. Und all das will man nicht erkannt haben? Die Probleme der "Freies Wohnen" sind heute zweierlei. Einerseits leidet sie unter chronischem Kapitalmangel, was kein Wunder ist. Andererseits hat sie große Probleme, die laufenden Kosten abzudecken. Denn das Problem ist ja, sie muß die Wohnungen anbringen, sie braucht ja die Mieten, die hereinkommen, um die laufenden Kosten zu decken. Sie hat ja Betriebskosten zu leisten, sie hat ja leerstehende Wohnungen, sie hat ja Baustellen, die betreut und vollendet gehören.

Und damit komme ich zu einem ganz, ganz wesentlichen Punkt, der mir schon sehr am Herzen liegt, wenn es darum geht, für die „kleinen Leute“ etwas zu tun, für die „anständigen und ehrlichen Leute“ etwas zu tun. Wer, meine Damen und Herren, frage ich, kann sich denn so eine Wohnung überhaupt noch leisten? Wenn wir diese Genossenschaft in diesem finanziellen Chaos näher betrachten. Wer kann sich eine Wohnung leisten? Wer wird sich die Anzahlungen leisten können? Wer wird sich die Mieten leisten können? Wenn aber niemand einzieht, wie wird dann die "Freies Wohnen" ihren Kapitalbedarf decken und ihre laufenden Kosten decken?

Nun muß man aber auch beleuchten, daß die Wohnbauförderungssituation in Niederösterreich doch eine ganz spezielle ist, die sich vielleicht noch ein klein wenig abhebt von der Situation in anderen Bundesländern, die schon ein klein wenig moderner sind. Die Wohnbauförderung unterliegt in Niederösterreich einem strengen Proporz. Dieser Proporz geht so weit, daß nach der Geschäftsordnung der Landesregierung zwei Mitglieder der Landesregierung zuständig sind für die Vergabe von Wohnbauförderung: Die Frau Landeshauptmannstellvertreterin Prokop und der Herr Landeshauptmannstellvertreter Höger. Es wird geteilt in Gemeinden mit sozialistischem oder Volkspartei-Bürgermeister, es wird geteilt in „rote“ und „schwarze“ Genossenschaften. Teilweise stehen diese Genossenschaften sogar explizit in der Geschäftsordnung der Landesregierung. Die Freiheitliche Partei hat geglaubt, sie kann sich diesem Proporz anschließen. Sie kann nicht, wie sie es immer gepredigt hat, den Ausstieg der Parteien aus der Wohnbauförderung fordern, sondern sie kann sich diesem Proporz anschließen. Und sie hat diesbezüglich natürlich gleich noch 25 „Schäufelrln“ nachgelegt.



Was wir aber schon die Landesregierung als Aufsichtsbehörde fragen müssen: Diese "Freies Wohnen" hat ja die Gemeinnützigkeit im Jahre 1996 zuerkannt bekommen. Wurde sie nicht ausreichend geprüft? Die Genossenschaft muß, wenn sie ein Projekt einreicht und um Förderungen ansucht - und Förderungen wurden ja zugesichert - die Genossenschaft muß ja einen Finanzierungsplan vorlegen. Hat man diese Pläne nicht genau untersucht? Hat die Aufsichtsbehörde nicht genau genug untersucht, daß dieses Desaster nicht aufgefallen ist?

Es ist daher die Frage sinnvoll, sich zunächst einmal anzusehen, wer hat denn tatsächlich zugesichert? Wer in der Landesregierung hat der Genossenschaft "Freies Wohnen" die Fördermittel zugesichert? Das ist eine Frage, auf die ich gerne eine Antwort hätte. Wesentlich sind aber auch folgende Fragen, an den Herrn Abgeordneten Dkfm. Rambossek insbesondere. Herr Abgeordneter, wie haben Sie als Aufsichtsrat dieser Genossenschaft geprüft? Als Vorsitzender des Kontrollausschusses des Landtages können Sie diese Genossenschaft entweder nur viertel- oder achtelherzig geprüft haben. Ich habe mir sehr genau angesehen, wie Sie zum Beispiel das Förderungsmodell 1993 geprüft haben als Vorsitzender des Kontrollausschusses: Penibelste Auflistungen, genau hinterfragt, wie die Regierung agiert hat und ähnliches. Hätten Sie das nur zur Hälfte, zu einem Viertel getan in Ihrer eigenen Genossenschaft, dann wären Sie draufgekommen, daß da etwas schief läuft. Oder aber, Sie wußten ganz genau, was da drinnen vorgegangen ist und wollten es nur nicht sagen. Und haben sich vielleicht deswegen Ende 1996 schon verabschiedet von dort. Ist Ihnen nicht aufgefallen, daß Uher gleichzeitig Bauträger war, Generalunternehmer also, gleichzeitig Aufsichtsratsmitglied und Rechnungen stellte, die man in dieser Form ja nicht bezahlen kann? Das ist vielleicht beim Abgeordneten Waldhäusl noch nachvollziehbar, aber doch nicht beim Oberkontrollor unseres Landtages!

Ich darf also zum Abschluß kommen: Ich glaube dreierlei. Erstens: Öffentliche, also gemeinnützige Interessen müssen im Wohnbau von wirtschaftlichen und Privatinteressen streng getrennt werden. Das bedeutet aber auch, daß der Proporz in dieser Frage aufgelöst gehört. Es genügt die Zuteilung durch ein Landesregierungsmitglied. Lassen wir das sein! Und endgültig die Forderung, kein Parteieneinfluß in der Wohnbauförderung und im ganzen Wohnbauförderungs- und Beihilfewesen. Das ist eine grundsätzliche Forderung. Wenn wir uns das vornehmen,

dann hat diese Debatte auch einen Sinn: Weiterzugehen in der Kontrolle und weiterzugehen hin zu einer moderneren Zuteilung der Wohnbauförderung. *(Beifall bei den Grünen.)*

PRÄSIDENT Mag. FREIBAUER: Zum Wort gelangt nun Frau Abgeordnete Rosenkranz.

Abg. ROSENKRANZ (FPÖ): Herr Präsident! Hoher Landtag! So sehr wir an einer offenen und tatsachenbezogenen Aufklärung der Causa interessiert sind - und Sie werden sehen, daß eine offene und tatsachenbezogene Darlegung in unserem Interesse ist - so wenig konnten wir dennoch dem Dringlichkeitsantrag zustimmen. Denn entgegen den von Ihnen gemachten Vorgaben, Herr Präsident, sich nur auf Tatsachen zu berufen und Vorverurteilungen zu meiden, sehe ich bereits in der Antragsbegründung eine solche Vorverurteilung. Ich darf den Satz zitieren: "So hat der freiherrliche Landtagsklub insgesamt 16 Mio S bei der Firma OMIKRON Wirtschaftstreuhandels GesmbH veranlagt, wofür ein Kredit von 10 Mio S aufgenommen wurde". Dieser Satz ist nicht richtig. Den Tatsachen entspricht vielmehr: Es wurde ein Kredit aufgenommen, um den Wahlkampf vorzufinanzieren. Dieser Zweck ist auch in der Antragsbegründung enthalten. Im weiteren hat dann der vormalige Klubobmann den Betrag übernommen und ihn ohne Wissen eines anderen Abgeordneten dem Abgeordneten Peter Rosenstingl, Prokurist der Firma OMIKRON, zur Veranlagung übergeben. Ich beantworte hiermit auch die Frage des Kollegen Schneeberger: Das ist möglich. Laut unserem Klubstatut, § 3 Abs.2 ist für die Finanzgebarung des Klubs der Klubobmann verantwortlich gewesen.

Ich möchte an dieser Stelle auch berichtigen, daß Dkfm. Rambossek nicht Kassier, sondern Klubobmannstellvertreter gewesen ist. Von dieser Veranlagung hat der Landtagsklub nach einer internen Revision, die nach dem Verschwinden Peter Rosenstingls eingeleitet wurde, Kenntnis bekommen. Weiters ist auch Faktum, daß das veranlagte Geld bis jetzt nicht zurückgezahlt worden ist. Dies wurde der Öffentlichkeit bekanntgegeben und der damalige Klubobmann hat für diese unglückselige Veranlagung die volle politische Verantwortung übernommen und alle Konsequenzen gezogen - er ist von seinen Funktionen, auch von seinem Mandat, zurückgetreten. Damit ergibt sich, daß keineswegs vom Landtagsklub Geld zu spekulativen Zwecken aufgenommen worden ist. Es wurde vom Landtagsklub Geld für die Wahlkampffinanzierung aufgenommen. Das

ist aus den Unterlagen eindeutig zu belegen. Nicht der Klub, sondern der vormalige Klubobmann hat die Veranlagung getätigt. Keines der Mitglieder des Klubs war davon in Kenntnis. Der Klubobmann hat dafür die politischen Konsequenzen gezogen. Daraus läßt sich zusammenfassend sagen: Nicht der Landtagsklub hat Schaden verursacht, sondern der vormalige Klubobmann ist von Rosenstingl bei einer Veranlagung geprellt worden und dem Landtagsklub ist dadurch ein Schaden von 10 Millionen Schilling erwachsen. Ihre Behauptung, Herr Kollege Schneeberger, Herr Kollege Muzik, daß der Landtagsklub zu Spekulationsgeschäften 10 Millionen Schilling aufgenommen hat und damit Steuergelder verspekuliert haben soll, ist hiermit falsch und ich weise sie ganz entschieden zurück.

Im weiteren hat der für diese Legislaturperiode gewählte Kassier Christian Hrubesch eine zweite, genaue interne Revision vorgenommen, die Klubfinanzen gesichtet und gestern seinen Wissensstand der Wirtschaftspolizei übermittelt um so an den strafrechtlichen Ermittlungen und deren Fortgang mitzuwirken. Zum zweiten ist ein Wirtschaftstreuhandler beauftragt worden, eine Analyse des Istzustandes und ein Gutachten zu erstellen. Und zum dritten - Sie werden wissen, daß bei Forderungen über 30.000,- Schilling Anwaltszwang besteht - sind Anwälte beauftragt worden, die Ansprüche des Freiheitlichen Landtagsklubs gegenüber der Firma OMIKRON zu wahren.

Das sind, Hoher Landtag, die Tatsachen. Was in den beiden Reden des Abgeordneten Schneeberger und des Abgeordneten Muzik gesagt worden ist, sind, so meine ich denn doch, Vermutungen und Unterstellungen. In den letzten Stunden sind weitere Gerüchte bekannt geworden, es sind Artikel in Zeitungen erschienen. Ich darf hier festhalten, wir beziehen uns auf Tatsachen. Alles, was hier weiter geschieht, wird Sache der polizeilichen Ermittlungen sein. Es ist nicht die Aufgabe des Landtages, Ergebnisse dieser Art vorwegzunehmen. Ich habe Ihnen hiermit einen ganz genauen, tatsächengemäßen Ablauf der Ereignisse und den Stand der Kenntnisse, so wie wir sie jetzt haben, gegeben. Und ich bitte Sie, für weitere Diskussionen dies als Grundlage zu nehmen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

PRÄSIDENT Mag. FREIBAUER: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Keusch.

Abg. KEUSCH (SPÖ): Geschätzter Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Sicher hat sich, und zu diesem Eindruck kommt man, wenn man die "Pressestunde" mit Jörg Haider und die Parlamentsrede von Klubobmann Stadler oder die Ausführungen des Generalsekretärs Westenthaler in der Sendung "Zur Sache" mitverfolgt, gesehen und gehört hat, man gelangt zur Ansicht, daß sich die FPÖ zu sehr mit den anderen Parteien beschäftigt hat. Und daß ganz offensichtlich die eigene Partei dabei zu kurz gekommen ist.

Wie selbstlos, würde ich meinen, wenn man im Interesse der Öffentlichkeit, im Interesse der „kleinen Leute“, wie die F das ja immer wieder betont, über die Korrektheit in der Politik wachen will. Und wie ungerecht, daß man dann von den Medien, vom politischen Gegner dafür auch noch geprügelt wird. Und ich darf, damit wir wissen, wovon wir reden, das "profil" vom 18. Mai 1998 zitieren: Ein zum Sachwalter einer finanziell ruinierten Landespartei in Niederösterreich gekürter Hans Jörg Schimanek, der auf 50 Millionen Schilling Schulden sitzt. Eine niederösterreichische FPÖ-Wohnbaugenossenschaft hart am Rande des Ruins. Zwei zum Rücktritt gezwungene Parlamentsabgeordnete, die ihren per internationalem Haftbefehl gesuchten Kollegen noch vor Monaten als genialen Finanzberater empfahlen. Es kommt aber doch noch etwas dicker: Eigentlich kann man sich, selbst wenn man politischer Kontrahent ist, über dieses Desaster eines politischen Mitstreiters nicht freuen. Denn der demokratiepolitische Schaden, der dadurch entstanden ist, ist enorm und führt zweifelsohne in der Öffentlichkeit zur Pauschalverurteilung, in der Politik agierten ohnehin nur Gauner.

Der Fall Rosenstingl ist meiner Meinung nach nur Auslöser. Es ist ganz eindeutig ein Problem der Freiheitlichen Niederösterreichs. Und ich meine, und da komme ich jetzt auf die Ausführungen der Frau Abgeordneten Rosenkranz zu sprechen, ich meine, daß diese gefährliche Fehlentwicklung, die hier Platz gegriffen hat, begünstigt wird durch diese zentralistische Organisationsstruktur, durch das Führerprinzip der F. Durch Machtkonzentration und Machtausübung durch einige wenige. Sie hat sogar ihr Klubstatut, wenn ich richtig informiert bin, wenn ich das richtig mitbekommen habe, zitiert, wo Machtkonzentration, Machtausübung durch einige wenige zum Prinzip erhoben wird, wie es scheint. Und Beispiele dafür gibt es. Diese Unterwerfungsgesten der FPÖ-Funktionäre Salzburgs, Kärntens, oder auch diese „Firmenfilzokratie“ in der F. Es ist natürlich sicher leichter, eine Partei diktatorisch zu führen, wie das praktiziert wird in der F, als die Willensbildung auf einer breiten, demokratischen Basis herbeizu-

führen. *(Abg. Haberler: Dafür haben wir keinen Klubzwang, Herr Kollege!)*

Herr Kollege Haberler! Ein bißchen vorsichtiger sein mit diesen Zwischenrufen. Wer im Glashaus sitzt, soll nicht mit Steinen werfen.

Die Willensbildung in einer demokratischen Partei herbeizuführen ist halt ein bißchen schwieriger. Aber es wird ausgeschlossen oder es wird eher ausgeschlossen, daß einer allein über Millionenbeträge verfügen kann, ohne daß die anderen etwas davon wissen. Weil es erstens einmal bei so einer Willensbildung zu einem Diskussionsprozeß kommt. Und zum zweiten, weil halt bei uns das Vieraugenprinzip angewandt wird. Und die Erkenntnis für die Freiheitlichen, wenn sie auch bitter ist für die derzeitige freiheitliche Führungsscrew, sollte eigentlich sein, daß das Führerprinzip solche Fehleranfälligkeiten eher begünstigt. Und daß das Vertuschungspotential natürlich um ein Vielfaches größer wird. Erstens, weil der Kreis der Mitwisser kleiner ist, sehr eingeschränkt ist. Und zweitens natürlich, wenn nur einer von so einer Sache weiß, Millionen zur Veranlagung gegeben werden, ohne daß andere etwas wissen davon, ist das halt eine Sache, wo, wenn es eine Fehlentwicklung gibt, man diese auch, wenn man es alleine gemacht hat, leichter vertuschen kann. Und es ist ja auch versucht worden, das zu praktizieren, sage ich einmal. Denn das wahre Ausmaß dieser Katastrophe ist ja erst sukzessive bekanntgeworden, als immer wieder etwas zugegeben werden mußte, weil es nicht mehr abzustreiten war. Von Haus aus hat man die Probleme ja nicht freiwillig auf den Tisch gelegt. *(Abg. Waldhäusl: Das ist eine Unterstellung! – Unruhe bei der FPÖ.)*

Nein, bitte, das kann man in den Medien nachverfolgen. Zuerst war die Rede, man kann ausschließen, daß Steuergelder dabei sind. Jetzt ist nachgewiesen, daß sie zur Besicherung verwendet wurden. Daß also erst nach und nach das gesamte Ausmaß bekannt geworden ist.

Jetzt darf ich auch noch feststellen, daß es in der F - und das ist das Positive daran - Funktionäre gegeben hat, die diese Fehlentwicklung erkannt und auch innerparteilich aufgezeigt haben. Und sogar bis zum Bundesparteiohmann Haider aufgezeigt haben. Ich könnte die Namen nennen, ich erspare mir das. Sie waren einer davon. Insbesondere war einer wirklich um innerparteiliche Schadensbegrenzung bemüht ja fast unter Verletzung des Bankgeheimnisses, das er in Kauf genommen hat, hat er versucht, die Geschichte rechtzeitig zu bereinigen. Alle diese Leute, die hier versucht haben, gegenzusteuern, wurden politisch liquidiert. Und daraus ist ersichtlich, daß vieles in

dieser Partei, die sich so gerne als die Partei, die alles besser kann und besser macht bezeichnet - zumindest will sie das der Bevölkerung vormachen - daß vieles Schall und Rauch ist, wie sich herauskristallisiert hat. Und es ist eigentlich ganz gut, daß im Sog des Falles Rosenstingl diese entlarvenden Details bekannt wurden. Daß die an die Oberfläche gespült wurden. Nämlich zum Beispiel diese zahlreichen ineinander verschachtelten, verflochtenen Firmen, wo überall die FPÖ-Funktionäre Schreiner, Mentil, Ofner, Schimanek in den Geschäftsführungen und in den Aufsichtsräten vertreten waren und wo man - das unterstelle ich jetzt - offensichtlich bemüht war, durch diese Firmenkonstruktion den Geldfluß innerhalb der eigenen Gesellschaften zu lenken.

Ich meine, daß das - und da treffe ich mich mit den Ausführungen des Abgeordneten Mag. Schneeberger - daß das nicht nur ein Fall Grätzer war, als den man das hinstellen möchte. Sondern daß das auch ein Fall Schimanek, ein Fall Rambossek, ein Fall Marchat ist. Die Reihenfolge kann man beliebig gestalten. Denn es gibt schon eine Reihe von Fragen, die einer dringenden Klärung bedürfen. Nämlich einmal die vordringlichste, wie kann denn so ein Finanzdebakel tatsächlich zustande kommen? 50 Millionen - 30 Millionen die Landespartei, die F, 20 Millionen der Klub! Wie kann man 10 Millionen Kredit aufnehmen, um sie gewinnbringend anzulegen? *(Abg. Waldhäusl: Das ist die Unwahrheit!)*

Ich hätte fast gesagt, das passiert nicht einmal einem Handelsschüler in der ersten Klasse. Es ist nicht opportun, so etwas zu tun. Das grenzt an Spekulation mit Steuergeldern. Aber, nur keine Aufregung, ich komme schon noch dazu, wo das bewiesen ist. Und auch der Herr Mag. Schneeberger hat das sehr klar und deutlich ausgeführt. *(Abg. Waldhäusl: Das ist eine Unterstellung! Schauen Sie sich die Unterlagen an!)*

Es ist nicht glaubwürdig, resümiere ich, meine Herren von der F, wenn Sie mir das gestatten, daß sich keiner dabei etwas gedacht hat. Wobei der Herr Dkfm. Rambossek, so liest man in der Zeitung, von dieser Kreditaufnahme der 10 Millionen ja gewußt hat, denn er hat es mit unterschrieben, die Kreditaufnahme bei der Burgenländischen Bank. Und als akademisch Gebildeter, betriebswirtschaftlich Gebildeter, und als Obmann des Finanzkontrollausschusses mutet es schon etwas eigenartig an, wenn er sich dabei nichts gedacht hat. Ja, wenn er nicht einmal hinterfragt hat, wozu man denn 10 Millionen Kredit aufnehmen muß. Aber das ist ein Problem, das die F zu bereinigen hat. *(Unruhe bei der FPÖ.)* Auf jeden

Fall zu bereinigen hat, nämlich insofern, als es um die Glaubwürdigkeit der Politik geht. Oder man hat von diesen Vorgängen gewußt und man hat absichtlich vor der bitteren Wahrheit die Augen verschlossen. Auf jeden Fall ist es frappierend, um nicht zu sagen symptomatisch, wie die F locker mit Geld und Macht umgeht. Und es ist eindeutig auch von einem Anwalt festgehalten worden, daß die Besicherung von zwei bei unterschiedlichen Geldinstituten aufgenommenen Krediten mit ein- und demselben Anspruch aus der Parteienförderung zu besichern, nämlich diese Parteienförderung zu zedieren, daß sich das am Rande einer strafbaren Handlung bewegt. Und es ist auf jeden Fall aufklärungsbedürftig. Denn beide Geldinstitute haben jetzt das Land gebeten, diese Zessionen in Vormerkung nehmen zu wollen und die Zahlungen aus der Parteienförderung für die F auf ein ganz bestimmtes Konto zu überweisen.

Meine Damen und Herren! Und wenn wir jetzt immer noch davon reden wollen, Damen und Herren von der F, wenn wir immer noch darüber reden wollen, daß hier so lange diese Gelder nicht zurückbezahlt sind, es sich um Spekulation mit öffentlichen Mitteln aus Steuergeldern handelt, dann bin ich gerne bereit, diese Diskussion zu führen. Wie gesagt, das ist das eine. Die Klubfinanzen - das ist fast ein Kunststück, 20 Millionen Schulden aus der Klubfinanzierung, aus der Klubförderung zustande zu kriegen. (*Abg. Haberler: Das ist blanker Schwachsinn!*)

Es ist halt ein Problem, wenn man meint, einmal sechs Millionen und dann noch einmal zehn Millionen bei Rosenstingls OMIKRON anzulegen und zu hoffen, daß man die gut verzinst bekommt. Leider war der Rückfluß nur 5,5 Millionen. Diese ersten sechs Millionen hat man angeblich aus Cash getätigt. (*Abg. Waldhäusl: Sie sagen die Unwahrheit! Zum vierten Mal sagen Sie jetzt die Unwahrheit!*)

PRÄSIDENT Mag. FREIBAUER: Herr Abgeordneter! Wenn sie etwas richtig stellen wollen, dann melden Sie sich zu Wort. Dann haben Sie ausreichend Gelegenheit dazu.

Abg. KEUSCH (SPÖ): Die zweite Veranlagung von 10 Millionen stammt eben aus dieser schon besagten Kreditaufnahme bei der Burgenländischen Bank. Und die Erklärung, die ich dafür habe, nämlich 10 Millionen Kredit aufzunehmen, um sie, wie man meint, sehr gewinnbringend anzulegen, ist eine riskante oder ist dem Bereich riskanter Spekulation zuzuordnen.

Meine Damen und Herren! Es ist noch ein weiter, ein steiniger Weg bis zur Transparenz, die die F in der letzten Zeit ja sehr intensiv angekündigt hat. Ich kann es mir auch durchaus vorstellen. Ich bin bereit, das auch zur Kenntnis zu nehmen, daß man eine gläserne, transparente Partei in Zukunft sein möchte. Es ist allerdings so, daß noch einige Milchglasscheiben vorhanden sind, die gegen Klarsichtglas auszutauschen sind. Und da darf ich Sie bitten, dringend Hand anzulegen, diese etwas verworrenen Verhältnisse offenzulegen. Und das im Interesse der Glaubwürdigkeit der niederösterreichischen Landespolitik. (*Beifall bei SPÖ und ÖVP.*)

PRÄSIDENT Mag. FREIBAUER: Zum Wort gelangt nun Frau Abgeordnete Mag. Weinzinger.

Abg. Mag. WEINZINGER (*Grüne*): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Hoher Landtag!

Vor dem Hintergrund der Diskussion, die wir heute führen, bieten sich zwei Zitate an, die ich eingangs aus einer Parlamentsdiskussion bringen möchte und die man aus heutiger Sicht durchaus ummünzen und umlegen könnte auf die Freiheitliche Partei Niederösterreichs. Das erste spricht von Anlegern im Zusammenhang und meint: „Sie müssen zur Kenntnis nehmen, daß dort, wo der Staat“ - in diesem Fall umzulegen auf die FPÖ - „die Mehrheit hat, noch immer Mißwirtschaft herrscht und daß sich niemand um diese Mißwirtschaft kümmert“. Und das zweite Zitat - in diesem Fall gegen die Regierungsparteien, es braucht nicht viel Phantasie, es umzulegen: „Die Regierungsparteien haben außerdem bislang keinerlei Konsequenzen aus den wirtschaftlichen Katastrophen von in ihrem Nahbereich angesiedelten Firmen gezogen.“ Die beiden Zitate stammen aus einer Parlamentsdiskussion vom März 1996 über Privilegienabbau. Zitiert ist der damalige Abgeordnete Rosenstingl. Es entbehrt nicht einer gewissen Pikanterie, daß mitten in einer Phase, wo er selbst schon zutiefst in der Bredouille steckte, er genau diese Vorwürfe erhoben hat, die man heute durchaus in seine Richtung lenken kann. Ich denke, daß Gegenstand der Diskussion nicht die Causa Rosenstingl ist, die vielmehr Gegenstand der Ermittlungen und der Gerichte sein wird. Ich denke aber, daß Rosenstingl sozusagen die Spitze eines Eisberges ist, von dem wir allmählich anfangen, die Konturen zu ahnen, und wo Vorgänge innerhalb der FPÖ Niederösterreich zutage treten.

Mir liegt vor der Zwischenbericht, ein freier Zwischenbericht, über die Finanzprüfung

der FPÖ Niederösterreich, in dem bekannt wird, daß zwei Veranlagungen getätigt worden sind bei der Firma OMIKRON. Einmal sechs Millionen Schilling am 15. Juli 1997 und einmal 10 Millionen am 14. August 1997. Wobei erstere Veranlagung - man höre - aus eigener Liquidität erfolgte. Ich frage Sie, was ist denn bitte die eigene Liquidität eines Klubs oder einer Partei, wenn nicht Steuergelder? Es ist in diesem selben Bericht genannt der derzeitige Schuldenstand, den Sie bisher versucht haben zu dementieren. Ich zitiere wiederum aus Ihrem eigenen Bericht: "Die finanzielle Situation des NÖ Landtagsklubs erfordert ein Sanierungskonzept, da der derzeitige Schuldenstand zirka 20 Millionen Schilling beträgt." Und im Prüfbericht der Landespartei der Freiheitlichen in Niederösterreich, auf die bekannten Fakten mit der Wohnbaugesellschaften „Freie Zukunft" usw. eingeht, heißt die Zahl: „Der Schuldenstand der Freiheitlichen Partei Niederösterreich beläuft sich per 31. Dezember 1997 auf 31 Millionen Schilling." Es wurde daher ersucht durch den damaligen Finanzreferenten Mentil, ein Budget zu erstellen, das jährlich neben den Zinsen alleine in Höhe von 1,5 Millionen Schilling eine Kapitalrückzahlung in Höhe von 2,5 Millionen budgetiert, um innerhalb von 10 Jahren diese Kreditrückzahlungen erledigen zu können.

Soweit die eigenen Angaben bislang. Und interessant ist ja wohl auch zu erwähnen, das Datum hier lautet, per 31. Dezember 1997. Noch bevor bekannt wurde, wie wir den heutigen Zeitungen auch entnehmen, daß es hier zu einer Doppelzedierung der Parteienförderung gleich an zwei Banken kam. Noch bevor vielleicht noch die eine oder andere Unregelmäßigkeit auftaucht, wo wir nicht ausschließen können, daß noch etwas bekannt werden könnte. Und wo noch völlig offen ist, wie sich die diversen Beteiligungen der Freiheitlichen Partei Niederösterreichs an Wohnbaugesellschaften zum Beispiel, die jetzt finanzielle Schwierigkeiten haben, wie sich das auf die Finanzen der Partei oder allenfalls gar des Klubs direkt auswirken können. Das heißt, wir haben hier noch einen großen, unsichtbaren Teil des Eisberges, wo ich einmal die Vermutung anstelle, es handelt sich vermutlich nicht nur um ein Eiswürferl. Er könnte schon ein bißchen größere Dimensionen haben.

Ich kann vor dem Hintergrund verstehen, den wir jetzt schon kennen und wobei ich annehme, daß ein Freiheitlicher, nämlich Wirtschaftssprecher Prinzhorn, vielleicht noch ein paar Informationen mehr und genauere Kenntnis hat, daß der von einer „unfaßbaren FPÖ Niederösterreich" spricht. Das, was mir besonders unfaßbar er-

scheint, ist eine ganz klare augenscheinliche Frage, die im Raum steht. Es hat ein Vertreter der Freiheitlichen Partei Niederösterreichs die Konsequenz gezogen - der vormalige Klubobmann Gratzner. Und es gibt jetzt zwei Möglichkeiten: Entweder es herrscht im Klub der Freiheitlichen und in der Partei der Freiheitlichen Niederösterreichs ein unglaublicher Alleingang, der jeglicher Grundlage einer sauberen Buchführung und Finanzabwicklung widerspricht - es drängen sich auch Wörter wie ungläubliche Schlamperei oder Chaos, das in keiner Partei zu tolerieren wäre, auf - dann halte ich einen Landespartei sekretär Marchat, der dabei zuschaut, der da nicht einschreitet, der nicht informiert ist, für so unfähig, daß ich ihn auffordern würde, sein Amt zurückzulegen. *(Beifall bei den Grünen und Abg. der ÖVP und SPÖ. - Abg. Marchat: Ich habe den Parteisekretär bereits zurückgelegt!)*

Ich möchte den Herrn - inzwischen - Klubobmann nicht solch' mangelnder Intelligenz bezichtigen oder ihm unterstellen, daß er so ahnungslos ist. Nur, wenn ich daraus die Schlußfolgerung ziehe, daß er wohl etwas gewußt haben muß, dann muß ich ihn erst recht auffordern, jetzt sein Mandat und seine Funktion als Klubobmann zurückzulegen. Ich zitiere dazu jemanden, dem Sie vielleicht mehr Gehör schenken als mir selbst. Ihr Parteiohmann hat am 12. Mai im Parlament klar gestellt: „Wir haben klar gemacht, daß wir ein anderes Verständnis von politischer Verantwortung haben. Und zwar ein Verständnis dahingehend, daß sie auch ihr Mandat zur Verfügung stellen, bis die entsprechenden Anwürfe aufgeklärt sind.“ Ich fordere Sie auf, entsprechend dieser Aussage bis zur Klärung der Vorwürfe Ihr Mandat zur Verfügung zu stellen! Diese Aufforderung richte ich auch an weitere maßgebliche Personen der FPÖ Niederösterreich, allen voran an Landesrat Schimanek, den ich auch nicht dem Vorwurf der Ahnungslosigkeit oder Dummheit aussetzen möchte und bei dem daher zu klären wäre, was er gewußt hat.

Was sichtbar geworden ist in dieser Causa Rosenstingl ist das, was in einer Zeitung als "Finanzsumpf" der FPÖ Niederösterreich bezeichnet worden ist, wo ich persönlich nicht wirklich verstehe, warum man Personen, die vielleicht nicht ganz frei von Zweifeln sind und die sich Fragen, wie ich sie eben gestellt habe, gefallen lassen müssen, nun in die zentralen Funktionen schleust. Und wo völlig unklar ist, wie man ein derartiges Ausmaß an Nicht-Kontrolle in den eigenen Reihen vornimmt, daß es soweit überhaupt erst kommen kann, wenn man doch die Partei ist, die üblicherweise den Kontrollanspruch erhebt.

Wenn man jene Partei ist, die immer zumindest vorgibt - und es zum Teil auch ist - nämlich sehr gut informiert über Vorgänge bei anderen Mandatären, bei anderen Parteien zu sein. Wenn Sie so gut Bescheid wissen über die Regierungsparteien oder auch über die Grünen, über einzelne Personen, warum bitte, sind Sie nicht imstande, über die Vorgänge in Ihren eigenen Reihen auch nur annähernd Bescheid zu wissen?

Welches Verständnis von Kontrolle steckt denn dahinter, wenn - wie ich ebenfalls einem Zeitungsartikel entnehmen muß - offensichtlich die erste Reaktion auf das Verschwinden von Herrn Abgeordneten Rosenstingl die war, daß am 4. Mai am Vormittag zuerst die Vertreter des Ringes Freiheitlicher Wirtschaftler Niederösterreich und am Nachmittag sogar der Sekretär des FPÖ-Landtagsklubs Niederösterreich, danach unterstützt vom damaligen Klubobmann Bernhard Gratzer, mit einem Rechtsanwalt hingeht und Unterlagen abholt, die die FPÖ Niederösterreich betreffen könnten? Das ist eindeutiges Beweismaterial in dieser Causa! Was für eine Kultur herrscht bei Ihnen vor, wenn es offensichtlich selbstverständlich ist, daß man da hingeht, sich die Unterlagen holt und erst auf Urgenz der Wirtschaftspolizei wieder zur Verfügung stellt? Diese Einstellung ist nicht etwas, was jetzt allein die niederösterreichische FPÖ trifft, obwohl man anmerken muß, daß sie hier besonders ausgeprägt ist. Ich könnte jetzt auch zitieren und tue es im Ansatz, aus der Parlamentsdebatte vom 12. Mai 1998 den Abgeordneten Öllinger, der sagt: „Es gibt keine Partei in Österreich - und das läßt sich belegen - deren Aufstieg mit so vielen Fällen von Korruption, persönlichen Verletzungen, persönlichen Verunglimpfungen, Betrugsfällen verbunden ist, wie jener der Freiheitlichen Partei.“ Um einige beim Namen zu nennen, nur angefangen mit den Bundesgeschäftsführern: Zunächst gab es Herrn Harald Göschl - ich zitiere nur - er wurde abserviert wegen einer Libyen-Connection. Danach kam Herr Walter Meischberger, der das Problem mit seiner Liechtenstein-Connection hatte. Vorher ist der Name des Herrn Scheibner gefallen, der offensichtlich Probleme mit der Arbeitslosenversicherung gehabt hat etc. etc. Über drei Seiten. Ich erspare es Ihnen, das alles vorzulesen. Jeweils in zwei oder drei Sätzen nur ein Vorfall. Ein Vorfall, der hier genannt wurde und der den Verdacht nahelegt, daß Niederösterreich nicht die eine große Ausnahme ist.

Was ich im Zusammenhang mit diesen Vorkommnissen jetzt besonders bedenklich finde, ist die Vorgangsweise. Sie hätten doch alle, wie Sie hier sitzen, wie Sie in Ihrer Partei aktiv sind, beim Auftauchen der Causa Rosenstingl sagen können:

Okay, wir legen schonungslos sofort alles offen, um wirklich Transparenz zu schaffen. Tatsache ist, daß es widersprüchliche Aussagen, wie ich entnehme, bis heute gibt. Bis heute wird behauptet, hier wären keine Steuergelder davon betroffen gewesen, daß spekuliert wird. Ich wage das heftig in Zweifel zu ziehen. Ich zitiere dabei auch ganz pikant einen Herren, den Sie ja auch alle kennen. Der damals der Regierung vorgeworfen hat, und ich möchte das heute zumindest in den Raum stellen und Ihrer Phantasie überlassen, an wen ich es richte: „Sie sind die Zudecker der Nation. Wir aber wollen aufklären.“ Zitat Rosenstingl, März 1996.

Was jetzt die politische Tragweite dieser Causa ist, insbesondere auch der Tatsache, daß hier eben nicht offen mit strafrechtlichen Tatbeständen umgegangen wird, nicht offengelegt wird, was an Verdächtigungen im Raum steht, ist etwas, was nicht nur JournalistInnen erkannt haben. Sondern Ihr eigener ehemaliger Kollege Mölzer, der sagt, man muß, wie schon in der Vergangenheit längst geschehen, den Freiheitlichen nicht nur die Regierungsfähigkeit aberkennen, man muß ihnen die Oppositionsfähigkeit aberkennen. Denn dieser Umgang mit Aufdecken oder Kontrolle ist wohl unverantwortlich.

Fairerweise muß man in diesem Zusammenhang auch einen Blick werfen auf den generellen Umgang und die politische Kultur zum Thema Kontrolle in Niederösterreich. Und ich denke, hier täte es uns gut, auch zu schauen, wie das im Landtag und von der Landesregierung gehandhabt wird. Ob nicht auch - nicht maßgeblich, aber auch zu einem kleinen Teil - die vorherrschende Kultur im Lande, die etwa selbstverständlich es zuläßt, daß die Regierungsparteien sich selbst kontrollieren im Kontrollausschuß, wo es offensichtlich noch immer eine Diskussion gibt, ob ein Sitz im Rechnungshof-Ausschuß der Opposition zusteht oder nicht, ob nicht diese Kultur einen sehr legeren Umgang mit dem Kontrollbegriff und dadurch auch ein Umfeld geschaffen hat, in dem eine FPÖ Niederösterreich sich auf eine derart unglaubliche Weise entwickeln konnte.

Als Konsequenz ist daher zu ziehen - für uns selbst in diesem Hohen Haus - eine Stärkung der Kontrolle. Eine Stärkung einer unabhängigen Kontrolle und der Opposition. Und an die Freiheitlichen ist die Aufforderung zu richten, die politische Verantwortung tatsächlich zu übernehmen. Und damit meine ich nicht irgendwelche angeblich freiwilligen Unterzeichnungen von Verträgen, die ich nicht wirklich ernst nehmen kann. Sondern ich meine ganz klar die Herren Schimanek, Marchat

und Rambossek: Nehmen Sie Ihre politische Verantwortung wahr und legen Sie Ihr Mandat zurück! (*Abg. Waldhäusl: Da bleiben aber nicht viele übrig, wenn es nach Ihnen geht!*) Das ist Ihr Problem! (*Heiterkeit und Beifall bei Abg. der ÖVP und SPÖ.*)

Ich schlage weiters vor - keine Sorge, keine weiteren Rücktritte, nur ein weiterer Vorschlag. Ich schlage vor, daß zur genaueren Überprüfung der vorliegenden Vorfälle nicht nur der Landesrechnungshof mit der Überprüfung der finanziellen Verstrickungen beauftragt wird, sondern daß dieser Landtag einen Untersuchungsausschuß einrichtet, um hier die fehlende Kontrolle - in diesem Fall bei den Freiheitlichen - auszuüben, die Verflechtungen zu entwirren und die politische Verantwortung in den strittigen Angelegenheiten zu übernehmen. (*Beifall bei den Grünen sowie Abg. von ÖVP und SPÖ.*)

PRÄSIDENT Mag. FREIBAUER: Am Wort ist nun Herr Landesrat Schimanek.

LR SCHIMANEK (*FPÖ*): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus!

Vorerst möchte ich mich bei Dir, Herr Präsident, für Deine einleitenden Worte bedanken. Das war wohlthuend. Und das meine ich wirklich ernst und ohne Hintergedanken. Dennoch muß ich sagen, ist es für mich ein Novum, und auch für uns Freiheitliche, daß eine derartig wichtige Sitzung ohne präsidiale Vorbereitung durchgeführt wird. Das ist für mich nicht ganz verständlich.

Zweitens möchte ich sagen, es ist für mich sehr bedenklich, wenn sich Vorredner, und ich nehme hier den Herrn Kollegen Fasan ausdrücklich aus, wenn sich Vorredner in einer derartigen Weise uninformiert zeigen und hier im Landtag einen Sonderlandtag zu so einer wichtigen Frage, zu so wichtigen Fragen beantragen. Da möchte ich gleich von Haus aus auch bitten, die Vorredner sollten sich genau überlegen, wen sie hier vorverurteilen und wen nicht. Sie haben Namen genannt, die alle noch nicht rechtskräftig verurteilt sind. Es gibt Verfahren, aber verurteilt ist jemand, wenn er rechtskräftig verurteilt ist. Auch wir halten uns daran. Ich würde bitten, ich werde Ihnen auch sagen, warum: Weil was hier passiert ist in dieser Causa, ist zum Teil schon atemberaubend und haarsträubend und es geht in die Familie.

Weiters darf ich Ihnen sagen. Wir haben nie an eine Vertuschung auch nur gedacht. Unser Gedanke war, als wir gehört haben von diesem Skandal, beginnend mit dem Fall Rosenstingl,

haben wir sofort gedacht, wir legen alles offen. Da haben Sie zum Teil offenbar noch gar nichts gewußt davon. Und wir haben auch, und das möchte ich der Kollegin Weinzingler sagen, die Unterlagen von der Firma OMIKRON gemeinsam mit einem Anwalt geholt. Das sind unsere Buchhaltungsunterlagen. Leider Gottes hat die Firma OMIKRON die Buchhaltung für uns gemacht. Das ist traurig genug, wie wir jetzt rückblickend sehen. Aber wenn der Herr Rosenstingl in der Lage ist, große, anerkannte *Banker* um hundert Millionen und mehr zu schädigen, dann wage ich zu bezweifeln, daß da irgend jemand - und auch der Bernhard Gratzler nicht - so gescheit sein muß, daß er dem nicht auf den Leim geht. Ich will jetzt nichts entschuldigen, bitte, aber so ist die Situation.

Ich darf Ihnen sagen, ich stehe jetzt hier heraußen, um Ihnen wirklich nach bestem Wissen und Gewissen auf die Fragen zu antworten, die hier gestellt worden sind. Zu den Unterlagen noch: Wir haben sie mit einem Anwalt geholt, wir haben sie genau aufgelistet und haben sie der Wirtschaftspolizei übergeben. Aber es muß uns doch gestattet sein, wenn so etwas aufbricht, daß wir unsere Buchhaltungsunterlagen holen, damit wir sie selber einmal einsehen. Weil es war seit Februar nicht mehr aufgebucht. Also, das ist ganz offengelegt und das war der Grund, warum wir das geholt haben. Ist überhaupt kein Problem, wir haben die auch der Wirtschaftspolizei weitergegeben.

Ich komme jetzt zu den Zessionen, die hier angesprochen worden sind. Es sind zwei Kredite gelaufen zu gleicher Zeit. Es ist richtig, daß zwei Zessionserklärungen auf die Parteienförderung bestanden haben. Das ist nicht in Ordnung. Ich darf Ihnen nur eines sagen, daß jener besagte Kredit, der in der Regierungssitzung vom Kollegen Sobotka angesprochen wurde, in der Höhe von 10 Millionen Schilling längst, nämlich im vergangenen Jahr abgedeckt war. Diese Behauptung ist unrichtig gewesen. Wir haben einen Kredit in der Höhe von zwei Millionen Schilling gehabt, also jetzt bei der einen Bank, bei der Sparkasse Region St. Pölten. Diesen Kredit, und das darf ich Ihnen jetzt sagen, auf diesen hat sich jetzt die eine Zession bezogen. (*LR Mag. Sobotka: Sparkasse! - Hält Papier hoch.*)

Ja, ich weiß schon, ist richtig. Aber es ist falsch, was hier gesagt wurde. Ich kann es Ihnen auch ganz kurz vorlesen, wenn Sie es wollen. Ich darf Ihnen sagen, daß mit dem heutigen Tag, 20. Mai, das ist auch an Sie gegangen, Herr Kollege Sobotka, sämtliche Forderungen der Freiheitlichen Niederösterreichs bei unserem Institut ab-

gedeckt worden sind. Das ist der Kredit in der Höhe von S 2,580.000,-. Nur damit Sie wissen, daß wir auch sofort gehandelt haben. Wir haben den offenen Kredit abgedeckt mit heutigem Tag. Der von Ihnen genannte 10 Millionen-Kredit ist längst abgedeckt gewesen. Das ist damit auch erklärt. Es gibt einen 30 Millionen-Kredit, auf den die zweite Zession lautet. Ich darf Ihnen nur sagen, es ist nichts Ungewöhnliches, solche Zessionen auszustellen. Es ist selbstverständlich im Bereich des Wahlkampfes zur Kostenvorausschau gekommen und wir haben Kredite aufgenommen. Genauso im Jahr 1993, ebenso diesmal. Nur, die Aussage ist völlig falsch, daß der Freiheitliche Landtagsklub mit 20 Millionen verschuldet ist. Das stimmt nicht! Wir haben einen Kredit in der Höhe von 10 Millionen Schilling. Der Freiheitliche Landtagsklub hat nicht 20 Millionen Schilling Schulden.

Wir haben diesen Kredit des Landtagsklubs auch in Form einer Zession zediert. Und ich darf nochmals sagen, es gibt keine wie immer gearteten Unregelmäßigkeiten in dieser Sache. Weil ansonsten würden die Banken diese Zession ja nicht anerkennen. Es ist vielmehr weitaus bedenklicher, wenn Sie es überhaupt so sehen wollen, weil für mich ist es unbedenklich und für uns Freiheitliche, und auch im Bankwesen, es ist sehr bedenklich hingegen, wenn viele Bürgermeister von ÖVP und SPÖ ihre Einnahmen, die sie erwarten aus der Getränkesteuer, aus der Lohnsummensteuer und aus den Kanalgebühren verpfänden. Das ist bedenklich, meine Damen und Herren! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Soweit die Kredite, lieber Kollege Sobotka, wenn Du das noch nicht wußtest. Ich nehme an, Du hast es schon in Deiner Post. Das ist heute mit Fax gekommen. Also diese Sache ist von uns erledigt.

Ich möchte zum Wohnbau kommen. Wir haben, wie das auch hier berichtet wurde, eine gemeinnützige Wohnbaugesellschaft ins Leben gerufen mit der Überlegung, Kleinwohnungen zu errichten mit wenig Verwaltungsaufwand, dafür auch entsprechend geringere Kosten für die Wohnungswerber. Und ich darf Ihnen gleich als Beispiel sagen, es ist uns auch gelungen. Ich nehme hier nur Wr. Neustadt, "Freies Wohnen" in der Schleiergasse. Wir haben dort einen Quadratmeterpreis von 25.344,- Schilling. Die WET zum Beispiel ein gleiches Projekt 27.036,- Schilling. Also wir sind da deutlich darunter. Oder in Gars am Kamp "Freies Wohnen" 23.098,- Schilling in Gars am Kamp. *(Unruhe im Hohen Hause.)*

Kommt darauf an, wo Du es hinstellst. Die Frieden, eine sozialdemokratische, eine schwarze, eine ÖVP-Gesellschaft 25.000,- Schilling. Die

St. Pöltener, eine sozialdemokratische Genossenschaft 25.000,- Schilling. Also, wir haben schon bewiesen, daß wir es tatsächlich billiger können. Nur, warum ist denn diese Illiquidität, zu der es beinahe gekommen ist, passiert?

Wir haben, das ist ganz klar, wir haben mit der Eigenkapitalisierung eigentlich im Voraus nicht ganz richtig kalkuliert. Eine Wohnbaugesellschaft, die man ins Leben ruft, erfordert entsprechende Anlaufausgaben. Und es sind eben mit diesen Ausgaben sozusagen Finanzlöcher in der Eigenkapitalisierung entstanden, die wir eigentlich nicht vorausgesehen haben. Wir haben nach bestem Wissen und Gewissen gehandelt. Und es ist auch Tatsache, daß an die Gesellschaft von demjenigen von der Firma Holiday Home, der für die Abwicklung des Ganzen war, auf Grund dieses Revisionsberichtes überhöhte Rechnungen ausgestellt wurden, die auch bezahlt worden sind. Man muß aber dabei beachten, daß wir nur einen einzigen Geschäftsführer - schlanke Verwaltung - und eine Sekretärin hatten. Und keine anderen Kosten, die normalerweise gemeinnützige Wohnbaugesellschaften, der ÖVP nahestehend oder der SPÖ nahestehend, haben, die Architekten im eigenen Beschäftigungsfeld haben, Statiker. Aber das nur nebenbei. Tatsache ist, daß diese 3,2 Millionen Überzahlung bei dieser Gesellschaft von der "Holiday Home" entweder, so wie das der Prüfbericht verlangt, zurückbezahlt werden bzw. als Vorleistungen für die noch fertigzustellenden Objekte abgezogen werden. Das ist selbstverständlich. Wir werden den Forderungen des Prüfberichtes umgehend nachkommen.

Ich darf nur eines dazu sagen: Wir haben auch schon im Jänner dieses Jahres im Aufsichtsrat eine Kapitalaufstockung beschlossen. Der Prüfbericht ist erst im März gekommen. Also das ist von uns aus schon gekommen. Ich darf weiters sagen, daß wir eindeutig hier feststellen können, daß keine Mieter, keine Eigentumswerber, keine Professionisten geschädigt wurden bzw. werden. Ich darf hier aus dem Prüfbericht zitieren. Ich zitiere: Im Bericht steht allerdings auch, daß die erhöhten Kosten, die jetzt durch die Zahlungen, die erhöhten, an die "Holiday Home" geleistet wurden, nicht an die Mitarbeiter gegeben wurden. Wörtlich heißt es: "Vertragspartnern, Banken oder Wohnungswerbern ist bisher kein Schaden entstanden und wird auch in Zukunft kein Schaden entstehen." Auch das steht im Prüfbericht, meine Damen und Herren. Das sollte man schon deutlich sagen!

Ich darf Ihnen überdies noch anführen, wir haben laut Prüfbericht einen Kapitalzuschuß, um



die Eigenkapitalisierung um 10 Millionen aufzustocken, um das Bauvolumen heuer ordnungsgemäß abwickeln zu können, einen Nachschuß von 5,6 Millionen, den wir einbringen. Ein Teil ist schon eingebracht, ein Teil wird dieser Tage dazu kommen. Und die restlichen 4,4 Millionen noch heuer; davon, von diesen beiden Beträgen 75 Prozent durch die Stiftung und 25 Prozent durch den anderen, durch den anderen mit 25 Prozent Beteiligten. Damit werden wir diese Wohnbaugesellschaft wieder auf gesunde Beine stellen. Wir werden die Abwicklungen der Bauvorhaben bis Ende des Jahres durchführen. Und ich darf Ihnen sagen, wir werden dann aus dem Abenteuer Wohnbau, wenn wir auch aus der zweiten Wohnbaugesellschaft die vorhandenen Realitäten etc. verwerten, werden wir aus dem Abenteuer Wohnbau aussteigen.

Wir werden aber die Erfahrungen, die wir gemacht haben, meine Damen und Herren, dazu nutzen, daß wir jetzt ganz genau schauen werden, wie es im kommunalen und im gemeinnützigen Wohnbau ausschaut. Und ich gebe dem Kollegen Fasan hundertprozentig recht: Wir alle sollten trachten, und wir werden uns danach halten. Wir haben ein Abenteuer begangen, haben wir eingegangen, das nicht gerade glücklich für uns geendet hat. Aber wir werden pari aussteigen, das wurde von unabhängigen Wirtschaftsprüfern bereits berechnet. Wir werden dafür eintreten, daß die politischen Parteien aus dem Dunstkreis des kommunalen und gemeinnützigen Wohnbaues ausscheiden sollen. Und dafür werden wir kämpfen. *(Beifall bei der FPÖ. - Heiterkeit bei der ÖVP.)*

Ich möchte abschließend noch sagen, weil uns der Vorwurf gemacht wurde, daß wir nicht sorgfältig genug umgegangen sind. Wir haben, das betrifft das Jahr 1996, und zwar den Bericht des Wirtschaftsprüfers- und Steuerberaters Hennig & Mühl, wir haben hier einen ordnungsgemäßen Jahresabschluß. Wir haben ordnungsgemäß geprüft. Nur, der Revisionsbericht hat uns gezeigt, welche Fehler seitens der Geschäftsführung gemacht wurden. Ich möchte auch zurückweisen, ich weiß nicht, wer es gesagt hat, daß die Geschäftsführung nicht sorgfältig arbeitet. Wenn jemand nicht sorgfältig gearbeitet hat, dann war es der vorhergehende Geschäftsführer. Die derzeitige Geschäftsführung ist eine hervorragende, das möchte ich hier ganz deutlich feststellen.

Ich möchte aber noch auf den Kollegen Schneeberger zurückkommen, der gesagt hat, wie kann denn ein LandesparteiSekretär so blauäugig sein und nichts von all dem wissen. Voraus schicken möchte ich: Es hat im Landtagsklub und

von uns niemand von der Transaktion in Richtung Rosenstingl gewußt. Das darf ich hier dezidiert feststellen. Ich möchte auch noch einmal jetzt auf Schneeberger zurückkommen, der sagt, wie kann denn der Kollege Marchat nichts davon wissen? Ich sage Ihnen jetzt: Sie kennen sicher den WEB- und IMAG-Skandal: 2,4 Milliarden Schaden. Da sitzt jetzt der Herr Schidek und der Herr Gold in Salzburg, der Staatsanwalt Graf ist weg, der Exstaatsanwalt, der Exlandeshauptmann Haslauer eng verwickelt in diesen Skandal. Der Exlandtagspräsident der ÖVP - er ist tot, ich nenne seinen Namen nicht - war führend in diesem WEB-Konzern tätig. Meine Damen und Herren! Es gibt tausende Geschädigte. Und es ist Parteienfinanzierung geflossen. Sie wollen dem Herrn Kollegen Marchat vorwerfen, er weiß etwas davon. Ich sage, er weiß nichts. Ich weiß es, daß er nichts gewußt hat. Aber wissen Sie, was dieser ganze IMAG-Skandal, wissen Sie, in welcher Ära der passiert ist? Unter einem LandesparteiSekretär namens Schausberger! Herr Schneeberger, denken Sie daran, was ich jetzt gesagt habe: Ihr Landeshauptmann Schausberger in Salzburg war LandesparteiSekretär, als diese ganze Parteiverfälschung in den WEB- und IMAG-Skandal passiert ist.

Oder in der SPÖ: Minister Schmidt! Hunderte Millionen Schilling sind geflossen und der Herr Kollege Schmidt hat einen riesigen Schaden angerichtet. SP-Kontrollchef der Wirtschaftskammer der Länder, das ist ein von der SPÖ bestellter Mann zur Kontrolle: Mit *time-sharing* einen riesigen Schaden verursacht. Aber Sie wollen, weil unserer Wohnbaugesellschaft eine Eigenkapitalisierung von 10 Millionen fehlt, einen Skandal, einen Wohnbauskandal daraus machen und füttern die Medien noch mit entsprechenden "Informationen", unter Anführungszeichen. Weil es sind zumeist Unwahrheiten, die hier begangen worden sind.

Und jetzt komme ich ganz zum Schluß zu den Verleumdungen und zu den materiellen und immateriellen Schäden. Und das ist traurig! Im Parlament wurde behauptet, öffentlich, der Kollege Trenk hätte zwei Jahre Gefängnis und eine rechtskräftige Verurteilung deswegen, weil er sich eines Betruges schuldig gemacht hat. Den Kollegen Mentil hat man in den Dreck gezogen. Der Herr Trenk, der hat in seiner Familie, mit seiner Familie, die ärgsten Probleme, in seiner Umgebung, die Leute, kaum daß sie ihn grüßen, Drohanrufe etc. Der Trenk ist nie rechtskräftig verurteilt oder auch nur gesessen wegen Betruges. Das ist alles reine Erfindung und Lüge. Und ich muß sagen, seien wir darum bitte vorsichtig. Und auch bei Hermann Mentil: Seien wir vorsichtig mit per-

sönlichen Diffamierungen, die wir nicht beweisen können. Ich bitte Sie wirklich, auch in unser aller Interesse.

Und abschließend möchte ich noch zu der politischen Verantwortung kommen und zu der Verantwortung, wie wir Freiheitliche sie auf Grund dieser Causa Rosenstingl und all dem, was hier aufgebrochen ist, verstehen. Wir werden einen Vertrag mit den Wählern und mit den Bürgern schließen. Wir werden die Abgeordneten einladen, daß sie nicht, so wie es bisher üblich ist, in der politischen Landschaft nur politische Verantwortung übernehmen. Weil ich sage es noch einmal: In Wien steht eine Milliardenruine - zwei Milliarden Schilling - das "Rinterzelt". Und derjenige, der die politische Verantwortung gehabt hat, geht mit dem Hund spazieren in Wien. Also so kann es nicht sein! Wir wollen zeigen, daß wir auch andere Verantwortung, echte Verantwortung übernehmen wollen. Und das sind wir auch, glaube ich, alle miteinander den Wählern, den Bürgern schuldig. Und ich hoffe, daß Sie uns dabei unterstützen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

PRÄSIDENT Mag. FREIBAUER: Zunächst eine Bemerkung meinerseits: Herr Landesrat! Zur Kritik an der Vorbereitung dieser Landtagssitzung stelle ich fest, ein Mitglied der Landesregierung ist nicht zuständig für die Kritik an der Leitung des Landtages und an deren Vorbereitung. Wie hat sich alles wirklich zugetragen? Gestern, am Dienstag, ist gegen 12.00 Uhr der Dringlichkeitsantrag in meinem Büro eingelangt. Ich habe innerhalb einer Viertelstunde alle Klubobmänner zuerst und dann die Präsidenten angerufen und verständigt, daß dieser Dringlichkeitsantrag da ist. Und niemand, kein einziges Mitglied der Präsidialkonferenz hat weitere Beratungen oder Vorbereitungen verlangt. Und ich habe allen bei diesem Gespräch mitgeteilt, daß ich nun die Einladung für heute 13.00 Uhr ausschicken werde. Das war die Vorbereitung. *(Beifall bei der ÖVP und Abg. der SPÖ.)*

Zur tatsächlichen Berichtigung hat sich Herr Abgeordneter Mag. Fasan gemeldet.

Abg. Mag. FASAN *(Grüne)*: Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Erlauben Sie mir eine Bemerkung zum Herrn Landesrat Schimanek. Herr Landesrat! Was nützen Ihnen die günstigen Preise Ihrer Wohnungen, wenn Sie sich verkalkuliert haben? Was nützen Ihnen diese günstigen Wohnungen, wenn es keinen gibt, der Ihnen die Wohnungen abnimmt. Weil Sie darauf sitzenbleiben und daher die Verwal-

tungskosten, die laufenden Kosten nicht zahlen können? Und was nützt Ihnen die schlanke Verwaltung, wenn Sie einen Aufsichtsrat haben, der offensichtlich nicht imstande ist, diese schlanke Verwaltung zu ersetzen? *(Heftige Unruhe bei der FPÖ.)*

PRÄSIDENT Mag. FREIBAUER: Herr Abgeordneter! Sie sind nicht zur Diskussion gemeldet, sondern zur tatsächlichen Berichtigung.

Abg. Mag. FASAN *(Grüne)*: Ich wollte auf das Argument des Herrn Landesrates eingehen, daß er billigere Wohnungen anbietet in bezug auf die genannten Wohnbaugenossenschaften "Frieden" und "WET". Herr Landesrat! Der Skandal ist vielleicht nicht in diesen 10 Millionen auszudrücken. Aber daß Sie an einem Proporz partizipieren wollten, das ist der Skandal. Daß Sie an einem Wohnbauproporz partizipieren wollten. Der Proporz zeigt, wie man es nicht macht. Sie haben gezeigt, wie man es gar nicht macht!

PRÄSIDENT Mag. FREIBAUER: Noch einmal: Wenn sich jemand zur tatsächlichen Berichtigung meldet, dann bitte ich auch darum, daß er das einhält. Sonst wird die vorgesehene Rednerliste ja umgedreht oder umgestürzt. Als nächste zu Wort gelangt Frau Abgeordnete Helene Auer.

Abg. AUER *(SPÖ)*: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Nur zwei Bemerkungen zu Herrn Landesrat Schimanek: Wenn er sagt, der 10 Millionen-Kredit ist längst zurückbezahlt, dann verstehe ich nicht, wieso es ein Schreiben der Sparkasse vom 13. Mai 1998 an das Amt der NÖ Landesregierung gibt mit Bezugnahme auf diese 10 Millionen, in dem ersucht wird, diese gegenständliche Abtretung vorzumerken. Das war genau heute vor sieben Tagen. Das heißt, Sie können höchstens innerhalb dieser Woche diesen Kredit zurückbezahlt haben und nicht „schon längst“. Ich nehme an, daß das stimmt. Denn sonst müßte ich Sie fragen, wie hoch die Außenstände, diesen 10-Millionenkredit betreffend, heute noch sind. Und eine zweite Bemerkung: Es gibt seit Jahren keinen einzigen SPÖ-Mandatar, der heute noch in einer Wohnbaugenossenschaft tätig ist. Das möchte ich hier klar und deutlich feststellen.

Herr Landesrat Schimanek! Ich möchte mit Ihnen beginnen. Sie haben gesagt in den letzten Tagen, Sie setzen volle Offenheit bei der Klärung voraus seitens Ihrer Partei. Sie werden aus Fehlern lernen, Sie werden sich aus dem Wohnbaubereich zurückziehen in diesem Zusammenhang.

Ich nehme also an, daß daher auch das Interesse der FPÖ groß ist und dahin geht, eine wirklich sachliche Diskussion zu führen. Es wurde im Gegensatz zur parlamentarischen Diskussion heute hier von der ersten Wortmeldung an wirklich auf Sachlichkeit Wert gelegt. Erst seitens Ihrer Partei sind Unsachlichkeiten gekommen - ich denke nur an einige Zwischenrufe. Und wenn Sie hier von Sachlichkeit reden und hier Vorkommnisse aus dem Parlament ausdiskutieren wollen, so ist das hier am falschen Platz. Denn diese Äußerungen sind weder heute noch sonstwann hier im Landtag gefallen, sondern eben im Parlament. Und dort müßte es geklärt werden. Aber schön langsam habe ich auch das Gefühl, daß man zwar Wasser predigt, jedoch Wein trinkt. Weil wenn man von Sachlichkeit, Offenheit und all diesen Dingen redet und gleichzeitig aber nach der Methode "haltet den Dieb!" vorgeht, so kann irgend etwas nicht stimmen.

Ich werde mich auch bemühen, mit sachlichen Argumenten meine Bedenken und Überlegungen in dem Zusammenhang vorzubringen. Die Freiheitliche Partei titulierte sich selbst als Vertreter der braven und fleißigen Leute. Sie sagt von sich selbst und ihren Funktionären, sie sei überschaubar, eine „gläserne Partei“, fast durchschaubar. Sie hat selbst den Antiprivilegienbeschluß gefaßt mit einem Höchst Einkommen von maximal 60.000,- Schilling. Sie stellt sich als die Sauberkeitspartei im Land Österreich hin. Die Realität schaut für mich, wenn ich bewußt die Vorkommnisse verfolgt habe - Causa Rosenstingl und alles, was damit zusammenhängt - etwas anders aus. Wenn ich beim Wohnbaubereich bleibe, von dem Sie gesagt haben, Sie werden sich hier zurückziehen, aus Fehlern lernen, so möchte ich sagen, das ist eine vernünftige, gescheite Überlegung. Allerdings möchte ich schon dazu bemerken, daß Sie zu diesem Entschluß erst gekommen sind, nachdem der Schaden entstanden ist. Genauer gesagt, nicht als Schaden entstanden ist, sondern als der Schaden in der Öffentlichkeit bekannt geworden ist. Nicht, sobald Sie es gewußt haben, sondern sobald es bekannt geworden ist. *(LR Schimanek: Es ist kein Schaden entstanden!)* Ich habe nicht gesagt, für die Mieter - das wird schon abgedeckt. Schaden gibt es in diesem Zusammenhang sehr wohl.

Zum Fall Rosenstingl, von vielen als Fall einer Privatperson hingestellt, möchte ich sagen, er ist nicht nur ein Fall einer Privatperson, der zufällig halt Abgeordneter ist. Das wird es immer geben in jeder Partei, da haben Sie vollkommen recht. Aber nicht so, wie Spitzenfunktionäre Ihrer Partei bis vor wenigen Tagen noch der Öffentlichkeit weiß

machen wollten, sondern tief in die Freiheitliche Partei, wie sich jetzt herausstellt, ragt das hinein. Die finanzielle Seite und die strafrechtliche Seite werden und müssen die Gerichte klären. Zu hoffen ist dabei nur, und da zitiere ich Sie wieder, wie ich eingangs begonnen habe, daß tatsächlich alles auf den Tisch gelegt wird und nicht weitere Vertuschungsversuche unternommen werden. Denn wir alle wissen nur das, was wir über Medien erfahren. Weil wir im Gegensatz zu Ihrer Partei nicht den Einblick haben in die finanzielle Situation Ihrer Partei. Wie heute schon zitiert wurde, daß die FPÖ besser Bescheid weiß über die finanzielle Situation der Grünen, wahrscheinlich aller Parteien, als über die eigene. Wir wissen nicht Bescheid. Wir sind tatsächlich darauf angewiesen, was über die Medien in die Öffentlichkeit geht. Und daher können wir auch nur daraus unsere Schlüsse ziehen. Andere Möglichkeiten haben wir leider nicht. Aber was für mich wesentlich bedenklicher und gefährlicher erscheint, ist die demokratiepolitische Seite, die durch diesen Fall Rosenstingl noch deutlicher sichtbar geworden ist, als wir es ohnehin schon bemerkt haben, gesehen haben und festgestellt haben. Nur zur Klarstellung: Demokratie heißt noch immer, das Recht geht vom Volk aus. Abgeordnete sind noch immer frei gewählt und sind natürlich vor allem dem Volk voll verantwortlich für ihre Vorgangsweisen und wie sie sich verhalten.

Und jetzt noch einmal zurück: Die FPÖ, die sich als gläserne Partei, als Sauberkeitspartei, als die Verantwortliche bezeichnet. Ja, ich möchte sagen, die Verantwortliche dieser Sauberkeitspartei, dieser gläsernen Partei schaut für mich so aus, daß zumindest einmal Rosenstingl, Schreiner und Prinzhorn, nur um einige zu zitieren, unvollständige Meldungen nach dem Unvereinbarkeitsgesetz und nach dem § 9 des Bezügebegrenzungsgesetzes im Parlament gemacht haben. Das liegt in der Zwischenzeit auf das sind Fakten. Das schaut für mich so aus, daß die gläserne Partei, wie wir aus den Medien - noch einmal, wir können es nur aus den Medien feststellen, nachlesen in Zeitungen - erfahren, wenn Fakten dann auf dem Tisch liegen, teilweise Schlußfolgerungen ziehen. Nicht einmal nur Fakten, weil wir können es nur so verfolgen, daß die Funktionäre und die FPÖ Niederösterreich vorwiegend aus Geschäftsführern, Aufsichtsräten und Gesellschaftern eines Firmengeflechtes, ich möchte sagen, immens großen Ausmaßes, fast gigantischen Ausmaßes besteht, wie der Fall Rosenstingl deutlich sichtbar gemacht hat. Und wenn ich mir das dann anschau und überlege, immer aus dem demokratiepolitischen Gesichtspunkt heraus, dann steht hier für mich fest, ich kann nicht beurteilen, ob es stimmt. Aber

ich kann auch nicht beurteilen, ob Ihre Aussage, ob die Aussage des jetzigen Klubobmanns Marchat stimmt, gegenüber einigen anderen. Ich bin angewiesen darauf, was Sie sagen. Also wenn ich das als wahr annehme, muß ich auch die anderen Aussagen als wahr annehmen. Oder gar nichts. Oder ich muß auch den jetzigen Funktionären unterstellen, daß etwas nicht stimmt. Also nehme ich auch an, daß die Aussagen Ihres Mitgliedes Siegfried Gruber stimmen, Bankdirektor und Spitzenkandidat der Freiheitlichen Partei im Bezirk Amstetten. Der sagt, er hat bereits Mitte Dezember 1997 den Klubobmann Gratzer, den Parteikassier Mentil und den Parteisekretär Marchat auf mögliche strafrechtlich relevante Tatsachen aufmerksam gemacht. Und ihm wurde zugesagt, diesbezüglich eine Klärung herbeizuführen. Wie hat die Klärung der Freiheitlichen Partei ausgeschaut? Siegfried Gruber, der zumindest ein schlechtes Gefühl gehabt hat, zumindest ein schlechtes Gewissen gehabt hat, der aufmerksam gemacht hat, daß etwas nicht mit rechten Dingen zugeht, wurde Anfang Jänner als Spitzenkandidat abgesetzt und im März von seinen Funktionen suspendiert. Rosenstingl, wo man zumindest nachwassern hätte müssen, was steckt dahinter, blieb unbehelligt.

Erst nach Auffliegen des Skandals - und das ist wieder das, was ich bei der Wohnbaugenossenschaft gesagt habe, nicht, als es passiert ist - passieren kann immer etwas - sondern erst dann, als es in der Öffentlichkeit bekannt war, wurden Konsequenzen gezogen. Nämlich erst Anfang Mai, in Abwesenheit, als er schon nicht mehr da war, wurde Rosenstingl von der Freiheitlichen Partei ausgeschlossen. Das heißt, jener ehrliche Kerl, der ein schlechtes Gefühl gehabt hat, den hat man sofort degradiert, möchte ich sagen. Ich wiederhole mich noch einmal, ich nehme an, daß diese Aussagen so wahr sind wie Ihre hier getätigten Aussagen. Ich habe keinen Grund, die einen Aussagen als unwahr hinzustellen und Ihre Aussagen, die nicht belegbar sind, als wahr anzunehmen. Ich kann nur beide als wahr oder beide als unwahr herstellen.

Der Verdacht drängt sich schon für mich auf, wenn ich mir das überlege, daß zumindest - und da bin ich noch sehr harmlos - der Versuch gestartet wurde, die eigene Haut zu retten. Auf jeden Fall, nachdem am 22. März Landtagswahl war, scheint eine Wählertäuschung in gigantischem Ausmaß vor sich gegangen zu sein. Das war es! Hätten Sie diese Fakten vorher auf den Tisch gelegt, hätte es ein bißchen anders ausgeschaut. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ.)*

Und jetzt kann man sagen, bis dorthin hat man es vertuschen können. Aber, noch einmal, wenn ich Aussagen, die getätigt wurden, für wahr nehme, so ist bereits dreieinhalb Jahre vorher ... *(Abg. Waldhäusl: Vranitzky!)*

Ja, ja, „haltet den Dieb“! Das ist seinerzeit auch diskutiert worden. Jetzt haben wir den Fall Rosenstingl in Verbindung mit der Freiheitlichen Partei Niederösterreichs. Und dazu nehmen wir heute Stellung. Und das müßte in Ihrem Interesse sein.

Aber bereits dreieinhalb Jahre vorher, im Frühjahr 1994, wurde Dr. Haider in seiner Funktion als Bundesvorsitzender der FPÖ und mit ihm der damalige Generalsekretär Meischberger vom damaligen - es geht ja schnell bei Euch, man muß immer sagen damaliger, damaliger - vom damaligen Vizeparteiobmann der FPÖ Niederösterreich Heinrich Haltmeyer über die seltsame Finanzgebarung von Schreiner und Rosenstingl informiert. Wie war damals die Vorgangsweise? Fazit daraus, das die FPÖ gezogen hat: Haltmeyer wurde abgewählt und aller Parteiämter enthoben. Gratzer, Schreiner und Rosenstingl wurden in ihren Ämtern bestätigt. Diese Art und Weise, wie mit Mandatären, Funktionären und Mitgliedern Ihrer Partei umgegangen wird, ist für mich beispiellos, skandalös und fast unvorstellbar in einer demokratischen Partei. In einer Demokratie überhaupt.

Aber wenn man nachdenkt, eigentlich überhaupt keine Überraschung. Weil da fallen mir sofort ähnliche Vorgangsweisen - nicht genau ident, aber die Vorgangsweise ist so - in Tirol, in Kärnten ein. Ich brauche nur an die Massenabsetzung von Freiheitlichen Mitgliedern vor kurzem in Salzburg zu denken, die dann nach „mea culpa“ und Kniefall halt in Gottes Gnaden wieder aufgenommen wurden. Es geht um diese Vorgangsweise. *(Unruhe bei der FPÖ.)* Das alles weist für mich wirklich nicht auf eine demokratische Partei hin, sondern auf eine - Sie werden gleich hören, worauf ich hinaus will - sondern auf eine straff geführte Partei, wo der Vorsitzende, der Leader, der Führer alle Rechte hat. Und wo nichts vom Volk ausgeht. Daher kann man mit Sicherheit davon ausgehen, daß nicht nur Haltmeyer, sondern auch Gratzer Dr. Haider über die Vorgangsweise oder die Vorkommnisse in Niederösterreich, in der niederösterreichischen FPÖ, informiert hat. *(Abg. Dkfm. Rambossek: Wissen Sie das?)*

Ich gehe davon aus. Ich habe es auch versucht, zu erklären. Hätten Sie zugehört, hätten Sie es verstanden.

Wenn also Dr. Haider sozusagen absolute Personalhoheit hat, wenn er sozusagen die totale Kontrolle in der Freiheitlichen Partei Niederösterreich hat und, wie ich annehme aus dem vorher Zitierten, sehr gut informiert war über die Vorkommnisse, so drängen sich für mich wieder ein paar Überlegungen auf. Nämlich jene: A) Hat er es gewußt und einfach zur Kenntnis genommen? B) Hat er einfach seine Kontroll- und Aufsichtspflicht - weil andere Kontrollen, das haben Sie ja selbst bewiesen, gibt es nicht in der niederösterreichischen FPÖ - vernachlässigt? War es ihm einfach „wurscht“, weil es kein politischer Gag ist, den er mit Taferln herzeigen kann? Oder C) und das ist das Gefährlichste daran - es hat in sein Konzept gepaßt. (*Heftige Unruhe bei der FPÖ. - Zweite Präsidentin Onodi übernimmt den Vorsitz.*)

Und wenn jetzt in Niederösterreich alle Funktionäre der Freiheitlichen Partei so überrascht sind auf einmal von den Vorkommnissen und beteuern, nichts gewußt zu haben, so kann ich mich nur vollinhaltlich an die Argumentation des Abgeordneten Schneeberger anschließen. Ich kann mir nicht vorstellen, daß ein Kassier so dumm ist und nicht Bescheid weiß. Ich kann es mir einfach nicht vorstellen, daß eine Organisation, geschweige denn politische Partei gibt, wo der Stellvertreter nicht einmal weiß, was in der Partei vor sich geht. Das kann ich nicht. Dem stehen nämlich auch noch gegenüber Aussagen der ehemaligen Mitglieder Ihrer Partei, Gruber und Haltmeyer, und auch des ehemaligen Klubkassiers Preiszler, daß der informiert war. Und Preiszler selbst sagt sogar - wieder nur aus der Presse, klar, mir wird er es nicht erzählen, das nehme ich nicht an, aber der Presse entnehme ich, daß er gesagt hat, daß zum Beispiel der ehemalige Parteibobmann und ehemalige Klubobmann Gratzner mit seinem Intimus damals, dem ehemaligen Landespartei sekretär Marchat hinter geschlossenen Türen zusammengesessen ist. Und er hat von allem nichts gewußt. Das haben sich die beiden selber „ausgeschnapst“.

Eine Partei, meine Damen und Herren, ein Klub, der über öffentliche Gelder und Steuergelder verfügt, und wo darüber maßgeblich nur eine Person entscheidet, also weder der Kassier noch ein stellvertretender Vorsitzender über die Verwendung mitentscheiden kann, ja nicht einmal darüber informiert ist, und wo es offenbar auch keine parteiinterne Kontrolle gibt, ist zumindest, meine Damen und Herren - und da bin ich sehr vorsichtig, weil auf der Zunge liegt mir etwas anderes - bedenklich. Zumindest bedenklich! Oder, und da nehme ich an, daß das auch stimmt, oder es ist, von der Struktur her wohlüberlegt. Ich will nämlich

dem Kassier und den Parteigremien, Präsidium, enger Kreis, Vorsitzender, Stellvertreter, bei Gott nicht Dummheit unterstellen. Ich nehme auch nicht an, daß der Kassier und der Vorsitzende, die Stellvertreter des Vorsitzenden diese Funktion allein nur wegen des Titels haben oder übernehmen, sondern daß sehr wohl da mehr dahintersteckt. Da drängt sich mir der Schluß auf nach einer geschickt gewählten Struktur einer Partei. Und wenn einmal etwas passiert, sollte es zu Vorkommnissen kommen, dann hat man halt ein Bauernopfer, weil es ja nur einer gewußt hat. Der ist dann weg und alle anderen sind sozusagen durch diese Struktur geschützt. Das ist ein Selbstschuttfaktor. Und wenn ich mir dann noch überlege, daß der ehemalige Parteisekretär, Intimus des Obmannes Gratzner, dann sogar noch eine Stufe „hinauffällt“, dann darf ich mir sehr wohl Gedanken darüber machen. (*Abg. Waldhäusl: Wenn das bei Euch passiert, sitzt er weiter im Parlament!*)

Und diese Vorgangsweise, und da sehe ich die wirkliche Gefahr, alles, was ich jetzt gesagt habe, ist für mich demokratiepolitisch äußerst bedenklich.

Eine faire, saubere Vorgangsweise, wie der Landesrat Schimaneck verlangt hat, wäre, daß alle, dieses engere Präsidium der Partei und des Klubs, also die Stellvertreter, der Sekretär und der Kassier eigentlich, so wie Gratzner, sofort ihre Funktion zur Verfügung stellen müßten. Aus den Mandaten ausscheiden. Zumindest bis zu einer sachlichen, fairen Klärung, die wir hier nicht vornehmen können. Weil das bedeutet es, Ehrlichkeit, Demokratiedurchlässigkeit zu sagen. Für mich ist es selbstverständlich, zu gehen bis zu einer völligen Klärung und dann wieder zurückzukommen. (*Abg. Waldhäusl: So wie der Marizzi!*) Naja, „haltet den Dieb!“ Sie kennen nichts anderes. Das tut mir leid.

Wenn ich mir dazu noch überlege, daß es so Überlegungen nicht nur des Dr. Haider, jetzt offenbar schon abbesprochen mit dem Vorsitzenden der Landesorganisationen, gibt, so obskure, anders kann man es ja gar nicht mehr titulieren, Verträge auszuarbeiten, womit Mandatare der Freiheitlichen Partei - noch einmal, frei gewählte Mandatare, die dem Volk verantwortlich sind und nicht Dr. Haider oder nicht ausschließlich Dr. Haider - zu Schadenersatzzahlungen zu ver-gattern, wenn sie nicht so tun wie er will, so fängt es wirklich an für mich, leicht gefährlich zu werden.

Abschließend, meine Damen und Herren, möchte ich sagen: Wenn ich mir diesen sorglosen Umgang innerhalb der FPÖ anschau, wie Sie sorglos mit Geld umgehen, wenn ich mir damit verbunden diesen sorglosen Umgang mit der Macht anschau, dann drängt sich mir, ich möchte sagen, dann bekomme ich fast das kalte Gruseln, weil dann sehe ich die Gefahr eines Machtmißbrauches sehr deutlich vor mir. Und ich glaube - das habe ich versucht aufzuzeigen - daß es nicht nur um das Strafrechtliche geht, nicht nur um den Fall Rosenstingl. Sondern darum, wenn man das genau betrachtet, welche demokratiepolitische Gefahr da drinnen steckt. Danke. *(Beifall bei der ÖVP, SPÖ und den Grünen.)*

ZWEITE PRÄSIDENTIN ONODI: Zu einer tatsächlichen Berichtigung hat sich Klubobmann Marchat gemeldet. Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort.

Abg. MARCHAT (FPÖ): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Hohes Haus!

Drei Richtigstellungen zur Rede der Frau Kollegin Auer: Der Herr Haltmeyer wurde in der FPÖ nicht abgelöst, sondern auf einem Landesparteitag demokratisch abgewählt. Das einmal. Der Klubkassier war nicht der Abgeordnete Rambossek, sondern der Abgeordnete Preiszler in der vergangenen Legislaturperiode. Und der Herr Gruber, den Sie alle so gerne zitieren, hat mich im Dezember nicht in Kenntnis gesetzt. Und Sie wissen genau, daß ich jeden Abgeordneten, der das behauptet, klage. Ich werde auch den Herrn Gruber klagen und kann Sie nicht klagen, und das wissen Sie, weil Sie an diesem Rednerpult immun sind. Ich möchte das hier ein- für allemal klarstellen. Danke schön.

ZWEITE PRÄSIDENTIN ONODI: Zu Wort gemeldet ist Herr Landesrat Schimanek.

LR SCHIMANEK (FPÖ): Geschätzte Frau Präsidentin! Hohes Haus!

Zur Frau Kollegin Auer möchte ich nur einige Feststellungen treffen. Grundsätzlich verstehe ich das ja durchaus Ihre Aktivitäten jetzt gegen die Freiheitlichen. Weil wenn man endlich einmal bei den Freiheitlichen einen Gauner erwischt hat, ich würde es umgekehrt genauso machen, wäre ich an Ihrer Stelle. Weil wenn wir Freiheitliche irgendwo einen Gauner orten, dann stürzen wir uns auch auf ihn - alles akzeptiert.

Ich möchte aber grundsätzlich dazu sagen, wir haben keinen Vertuschungsversuch unternommen. Wir werden auch keinen unternemen.

Unser Motto ist bitte, zuerst eine Schadensaufnahme. Daher haben wir auch geschaut, daß wir alle Unterlagen bekommen. Damit wir einmal hineinschauen können, damit wir wissen. Dann gibt es die Analyse und dann gibt es die Offenlegung und die Reparatur. Aber Sie werden doch von uns nicht verlangen, meine Damen und Herren von ÖVP und SPÖ, daß wir mit den Unterlagen zu Ihnen in den Klub kommen und Ihnen das auf den Tisch legen. So naiv werden Sie doch wohl nicht sein! Das werden Sie doch von uns nicht verlangen.

Ich darf jetzt zu den Kritikfragen kommen, liebe Frau Kollegin Auer, wenn Sie bitte aufpassen. Wir haben nicht vor einer Woche oder während dieser letzten Woche den Kredit abgedeckt, sondern wir haben ihn 1997 abgedeckt. Ich darf aber auch zur Erklärung sagen, wir haben dort bei der gleichen Bank einen zwei Millionen-Kontokorrentkredit laufen oder aufgenommen. Und die Zession, die auf den 10-Millionen Kredit gelaufen ist, wurde übertragen auf den zwei Millionen Kredit. Also, die zehn Millionen haben wir nicht in dieser Woche abgedeckt, sondern der ist schon im vergangenen Jahr abgedeckt worden. Das zur Aufklärung. Das ist ja kein Problem.

Den 2,5-Millionen Kredit mit den Zinsen etc. haben wir heute abgedeckt, habe ich zuerst erwähnt. Damit haben wir eigentlich alles auf den Tisch gelegt in dieser Kreditsache. Zum Herrn Haltmeyer möchte ich sagen, na gut, ich bin überzeugt davon, daß der Herr Haltmeyer dem Herrn Dr. Haider nichts in dieser Richtung gesagt hat, weil dann hätte er es auch mir gesagt. Es war nämlich die Situation, kann man ja heute ruhig sagen: Der Herr Haltmeyer hat unbedingt das Bedürfnis gehabt, den Kollegen Gratzler zu stürzen. Und zwar 1994. Und er hat sich das so vorgestellt, daß er mich als Landesobmann vorstellt, er selber den geschäftsführenden Landesobmann macht und den Bernhard Gratzler eliminiert. Und wir haben Gespräche geführt. Und wenn er das dem Dr. Haider gesagt hätte, dann hätte er es ganz sicher auch mir gesagt.

Und zum Herrn Gruber darf ich Ihnen sagen, der Herr Gruber, das ist richtig, hat den Bernhard Gratzler informiert. Und ich zitiere jetzt nur Bernhard Gratzler, was er uns gesagt hat. Der Herr Gruber hat den Bernhard Gratzler informiert, daß es bei der Volksbank Alpenvorland, nageln Sie mich jetzt nicht fest, irgendwelche Probleme finanzieller Natur mit Rosenstingl gäbe. Gratzler, so sagt er, hat Rosenstingl zur Rede gestellt. Rosenstingl habe ihm nachweislich Unterlagen

gezeigt, wonach es sich um seinen Bruder handelte. Das ist tatsächlich der Kredit, den sein Bruder dort rennen hat. Und damit hat sich Gratzer, ich muß sagen leider, zufriedengegeben. Und ich weiß nicht, ob ich mich nicht auch zufrieden gegeben hätte, wenn er mir nachweist, daß es sich hier um seinen Bruder und um eine Verwechslung handelt. Also so weit die Geschichte mit dem Bernhard Gratzer. Das war eigentlich alles, was ich Ihnen jetzt noch zur Aufklärung anbieten konnte. Es sei denn, wir hören noch etwas und ich kann Ihnen dienlich sein mit einer Aufklärung. *(Beifall bei der FPÖ.)*

ZWEITE PRÄSIDENTIN ONODI: Zu einer tatsächlichen Berichtigung hat sich Klubobmann Koczur gemeldet. Herr Klubobmann, Sie haben das Wort.

Abg. KOCZUR (SPÖ): Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren!

Der Herr Landesrat Schimanek hat in seiner Wortmeldung zuerst die Vergleiche zwischen verschiedenen Wohnbauten und deren Abrechnungssumme gebracht. Hier ist auch ein Vorhaben in Gars am Kamp genannt worden. Mir ist die Verständigung zugekommen, daß das 1995 abgerechnete Vorhaben Schleiergasse 5/72 für die Mieter mit einem Quadratmeterpreis von 15.150,- Schilling abgerechnet worden ist, wobei jene, die eine Garage haben, noch einen Barbetrag von 50.000,- Schilling einbringen mußten. Das nur zu dieser Klarstellung.

ZWEITE PRÄSIDENTIN ONODI: Mir liegt eine Wortmeldung vor von Herrn Abgeordneten Mag. Riedl. Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort.

Abg. Mag. RIEDL (ÖVP): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete!

Vorerst einige Richtigstellungen: Wenn der Eindruck entstanden sein sollte, daß der Abgeordnete Gratzer schon alle Konsequenzen vollzogen, ich betone, vollzogen hat, so darf ich festhalten, daß der Herr Abgeordnete Gratzer heute entschuldigt ist. Und er wird wohl wissen, warum er erst im Juni seine Funktionen zur Verfügung stellt.

Zum zweiten: Auch das ist mir ein Bedürfnis, Frau Kollegin Weinzinger zu sagen. Zum Kontrollvorsitz der Regierungsfractionen. In der letzten

Legislaturperiode wurde dieser Vorsitz dem Liberalen Forum angeboten, und der wurde vom Abgeordneten Ing. Dautzenberg abgelehnt. Also so selbstverständlich ist es nicht, daß die Regierungsfractionen den Vorsitz führen.

*(Abg. Mag. Fasan: Wir sind aber nicht das LIF!)*

Nun zu den Zessionen. Meine Damen und Herren! Tatsache ist, und das halte ich fest, das ist ja mittlerweile schon mehrmals besprochen worden, mit 13. Mai sind Ansprüche von Banken, in dem Fall der Volksbank und der Sparkasse Region St. Pölten an das Land ergangen, um hier stille Verpfändungen offenzulegen und mitzuteilen, daß die Zahlungen auf vorgegebene Konten zu erfolgen haben. Tatsache ist weiters, daß, wenn Wahrnehmungen, die strafbare Handlungen nach sich ziehen könnten, und da zitiere ich ein Gutachten des Herrn Prof. Dr. Arnold, der nichts anderes als die Frage der verbotenen Doppelzession zu hinterfragen hatte, der hier meint, daß hier zwangsläufig, wenn hier diese Verdachtsmomente auftauchen, daß hier zwangsläufig zu handeln ist. Und daß daher der zuständige Landesrat notwendigerweise und gesetzlich verpflichtet diese Sachverhaltsdarstellung der Staatsanwaltschaft übergeben hat müssen. Das hat er auch getan.

Dazu ist aber etwas verwunderlich, und dazu zitiere ich das „Radiojournal Niederösterreich“ von gestern. Und ich denke in diesem Zusammenhang, es könnte auch nur zur Verwirrung beigetragen oder beizutragen haben, daß der mit Freitag bereits abberufene Vorstand der Volksbank St. Pölten gestern im Radiojournal noch mitteilt, daß eventuell die Abdeckung eines Kredites nicht rechtzeitig erkannt worden ist. Es widerspricht das nur der Wortmeldung vorhin von Herrn Landesrat Schimanek. Er ist nämlich auf einen anderen Kredit übertragen worden, oder die Zession ist übertragen worden. *(LR Schimanek: Das ist eine ganz andere Bank!)*

Und weiters ist mir eine Antwort auf eine Frage abgegangen, die ganz zu Beginn der Kollege Mag. Schneeberger gestellt hat, nämlich eine Art Offenbarungseid über weitere Zessionen. Ich habe bisher in keiner der Wortmeldungen vernennen können, ob es solche weitere Zessionen geben kann oder geben wird. *(LR Schimanek: Da haben Sie nicht aufgepaßt, Herr Kollege!)* Ich nehme wohl an, bewußt, da ich annehme, daß es weitere geben wird, die genauso strafrechtlich untersucht werden müssen.

Und noch etwas möchte ich richtigstellen und zitieren. Und ich zitiere hier die "NÖN" Nieder-

österreich West. Herr Klubobmann! Hier wird nichts anderes festgehalten als: Gruber reitet gegen den neuen Klubchef eine Attacke. Dieser könne sich in der Sache Rosenstingl der Verantwortung nicht entziehen. „Denn als ich im Dezember Gratzner den entscheidenden Hinweis gab, ist er neben ihm gestanden.“ Ich zitiere nur den Artikel der "NÖN" von dieser Woche.

Meine geschätzten Damen und Herren! Hohes Haus! Ich darf nun zu meinen eigenen Ausführungen kommen. Einleitend möchte ich den umfassenden demokratischen Anspruch der Begriffe Verantwortung und Kontrolle nochmals erwähnen.

Ich habe am 7. Mai ausgeführt, daß in der Zuständigkeit bestimmter handelnder Organe auf Grund eines gesetzlichen Auftrages die Verpflichtung besteht, nicht Macht auszuüben, sondern diese Handlungsbevollmächtigung im Rahmen der Rechtsnormen auszuüben. Gleichzeitig habe ich damit aus dem demokratischen Selbstverständnis abgeleitet, daß dies geradezu nach Kontrolle verlangt und diese Kontrolle muß deckungsgleich sein. Das heißt, sie muß, um Erfolg zu haben, so umfassend sein wie weit die Verantwortung reicht. Es besteht doch wohl Übereinstimmung, daß die Abgeordneten dieses Hauses der heutigen gesellschaftlichen Ordnung im besonderen Maße verpflichtet sind, da immer weniger wissenschaftlich durch eigene Erfahrung erfaßt werden kann und es daher immer wichtiger wird, auf die Richtigkeit von Informationen vertrauen zu dürfen.

Gestatten Sie mir daher, einige konkrete Fragen betreffend Verantwortlichkeit und Vertrauen ausformulieren zu dürfen. Erste Frage oder Faktum: FPÖ und Wohnbau. Tatsache ist, daß laut heutigem Firmenbuchauszug die "Freies Wohnen Gemeinnützige Wohnbau GmbH" zu 75 Prozent der "Freies Wohnen Privatstiftung" gehört. Der Stifter dieser Privatstiftung ist die Freiheitliche Partei. Die Privatstiftung ist ein Rechtsträger, dessen innere Ordnung und Zweck vom Willen des Stifters bestimmt ist. Damit steht wohl eindeutig fest, daß die Freiheitliche Partei als Stifter in der Stiftung oder als Mehrheitsgesellschafter in der gemeinnützigen Wohnbaugesellschaft nach wie vor ausschließlich direkte politische Willensbildung herbeiführen kann. Der Vollständigkeit halber in diesem Zusammenhang § 7 der Stiftungserklärung. Im § 7 der Stiftungserklärung wird ausgeführt, der Stifter ist auf seine Bestanddauer berechtigt, die Stiftungserklärung in allen Belangen zu ändern. Keinesfalls ist der direkte politische Einfluß durch die Abberufung von Aufsichts-

räten oder politisch tätigen Geschäftsführern damit abhanden gekommen.

Nun zur Ordnungsmäßigkeit von Rechnungslegungen. Gemäß § 222 des HGB hat der Jahresabschluß ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage eines Unternehmens zu ermitteln. Wenn dies in einem besonderen Umstand nicht gelingt, so sind im Anhang die erforderlichen, zusätzlichen Angaben zu machen. Und darüber hinaus ist im Lagebericht der Geschäftsverlauf und die Lage des Unternehmens darzustellen. Insbesondere ist auch auf Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach dem Abschluß des Geschäftsjahres eingetreten sind, bereits im Bericht zu diesem Rechnungsabschluß einzugehen. Die Frist für die Erstellung des Jahresabschlusses beträgt fünf Monate mit Ablauf des Geschäftsjahres. Jetzt sind die Prüfungsfeststellungen über Verlust des Eigenkapitals aufgetaucht. Es stellt sich zwangsläufig daher die Frage, wurde der Jahresabschluß rechtmäßig, rechtzeitig und ordnungsmäßig erstellt? Und wie hat die Organverwaltung zu diesen Themen funktioniert? Ich zitiere auch hier wieder eine Zeitungsmeldung: „Buchführung entspricht nicht dem Gesetz.“ Was ja auch heute bereits bestätigt wurde. Aber ich möchte darauf schon hinweisen, daß in der Verantwortlichkeit des Aufsichtsrates auch viele dieser Geschäftsvorfälle zu untersuchen gewesen wären. Ich möchte auch darauf hinweisen, daß der Herr Landesrat Schimaneck mit einer außerordentlichen Generalversammlung vom 11. November 1996 - die entsprechende Urkunde ist hier (*Abg. Mag. Riedl zeigt Urkunde*) - als Aufsichtsrat abberufen wurde. Und ich stelle damit auch gleichzeitig fest, daß die Geschäfte, die diesem Geschäftsjahr zugrunde liegen, mit 11. November wohl zu fast mehr als 11/12 bereits erledigt waren und die Verantwortlichkeit mit diesem Zeitraum zumindest beim Aufsichtsrat zu liegen hat.

Nur am Rande: Es ist für mich auch verwunderlich, daß der Jahresabschluß 1996 der Stiftung, der ja laut § 6 der Stiftungsurkunde auch binnen fünf Monaten erstellt werden muß, nirgends öffentlich zugänglich ist. Eine Anzeige oder eine Eintragung der Stiftung erfolgte aber bereits im März 1995.

Für mich noch wichtiger erscheint das Frühwarnsystem der Konsequenzen der Verluste. Und zwar hat gemäß § 36 GmbH-Gesetz eine Generalversammlung stattzufinden, wenn die Hälfte des Stammkapitals verloren ist. Diese Generalversammlung ist unverzüglich durch den Geschäftsführer einzuberufen. Hat eine Generalversamm-



lung unverzüglich stattgefunden? Diesbezügliche Beschlüsse wären dem Firmenbuch vorzulegen. Dem Firmenbuch liegen mit heutigem Tag keine Beschlüsse vor.

Und auch zur Organverantwortlichkeit ein Wort. Gemäß § 22 Unternehmensreorganisationsgesetz haften die Mitglieder des vertretungsbefugten Organes einer prüfpflichtigen juristischen Person, wenn über diese der Konkurs oder Anschlußkonkurs eröffnet worden ist und sie innerhalb von zwei Jahren vor Antragstellung einen Bericht des Abschlußprüfers erhalten haben, in dem relevante Kennzahlen für die Vermutung eines Reorganisationsbedarfes entsprechend ausgefallen sind und sie kein Reorganisationsverfahren einleiteten. Eine solche Kennziffer ist die zu gering ermittelte Eigenkapitalquote. Und nach all den derzeitigen öffentlichen oder öffentlich gewordenen Berichten der Prüfungen ist diese Quote nicht mehr erreicht. Nachdem das eine prüfungspflichtige Gesellschaft ist, nehme ich wohl an, daß ein ordnungsgemäßer Prüfer auch auf den Reorganisationsbedarf hingewiesen haben wird. Für den Fall einer Insolvenz haften die vertretungsbefugten Organe der Gesellschaft dann zur ungeteilten Hand bis zur Betragshöhe von einer Million pro Person.

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Ich stelle daher fest, daß die Pressemeldungen betreffend mangelnder Eigenkapitalausstattung gesetzlich zwangsläufig nach den Regeln des Handelsrechtes, des GmbH-Rechtes sowie des Wohnungs-Gemeinnützigkeitgesetzes zu hinterfragen sind. Und ich stelle auch weiters fest, daß auf Grund der Beteiligungsverhältnisse eine direkte politische Verantwortlichkeit gegeben ist. Ich möchte in diesem Zusammenhang auch hinterfragen die so oft zitierte Eigenkapitalaufbringung. Woher soll dieses Eigenkapital kommen, um die insolvenzrechtlichen Konsequenzen abzuwenden? Erstens hat die Freiheitliche Partei die ihr gesetzlich zufließenden Ansprüche aus der Parteienfinanzierung gemäß dem Parteienförderungsgesetz ja verpfändet für von ihr aufgenommene Bankschulden. (*LR Schimanek: Einen Teil!*) Zweitens sind durch Spekulationen entstandene Löcher in der Klubkasse durch erhöhte Beiträge der Funktionäre aus den Bezügen der öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnisse der Mandatäre zu decken. (*Abg. Hrubesch: Wer sagt das?*)

Es stellt sich daher zwangsläufig die Frage, von woher nehmen, da ich nicht annehme, daß es weitere Kreditaufnahmen geben kann. Und hier sei mir auch eine kleine Anmerkung am Rande erlaubt: Wie schwer, glauben Sie, haben es Klein-

gewerbetreibende, Landwirte, Häuslbauer, wenn sie zu ihrer Bank, zu ihrer Hausbank gehen und einen Kredit begehren? Manchmal habe ich den Eindruck, daß man wohl schon glaubhaft versichern wird müssen, daß man überhaupt gar keinen mehr braucht, um überhaupt einen zu bekommen. Ist es daher nicht umso verwunderlicher, Herr Landesrat, wie locker manche Bankinstitute Kreditvergaben an Institutionen und Körperschaften vergeben? Es stellt sich immer wiederum die Frage der politischen Dimension dieser Kreditvergaben. Aus persönlichen Bekanntschaften, aus Funktionärstätigkeiten etc. Aber das Erstaunlichste für mich ist wohl die Meldung von gestern in der "ZIB 2", wo die Fehlleistungen der Organverantwortlichen dieser Gesellschaften durch Spenden fleißiger, ehrlicher Mitglieder der Freiheitlichen aufgebracht werden sollen!

Zweitens, oder zweite Frage: FPÖ und Steuergeld. Bisher wurde immer behauptet, daß die Löcher der Klubkasse persönlich zu tragen sind und persönlich getragen werden. (*Abg. Hrubesch: Wo gibt es ein Loch?*)

Es wurde auch behauptet, daß dies den Steuerzahler nicht belasten werde. Wenn ich mir einige Zeitungsmeldungen diesbezüglich anschau und vor Augen führe, so hat Ihr Finanzreferent Hrubesch mitgeteilt, die Klubmitglieder haben sich am Montag bereiterklärt, die Klubschulden durch höhere Beiträge zu verringern. (*Abg. Hrubesch: Das weiß ich gar nicht, was Sie da sagen!*)

Ich darf Ihnen die entsprechenden Zeitungsmeldungen dann zur Verfügung stellen: „Landesparteichef Landesrat Hans Jörg Schimanek: Wir wollen dem Klub finanziell aus der Patsche helfen. Jungmandatar Leopold Mayerhofer: Wir müssen aus Solidarität die „Krot“ schlucken. Wie viel die Abgeordneten in Zukunft mehr an Klubabgaben bezahlen müssen, steht noch nicht fest.“

Nun zu dem Inhalt dieser drei Meldungen oder Äußerungen. Mit Erlaß des Bundesministeriums für Finanzen vom 30. April 1997, veröffentlicht im Amtsblatt der Österreichischen Finanzverwaltung vom 28. Mai 1997, 68. Stück, werden die Werbungskosten für politische Funktionäre geregelt. Dieser Erlaß regelt insbesondere die steuerliche Behandlung von Aufwendungen, die nach der Verkehrsauffassung typischerweise mit der Ausübung eines politischen Mandates verbunden sind. Es gibt die Rechtsmeinung des Bundesministeriums für Finanzen wider, die im Interesse einer einheitlichen Rechtsanwendung mitgeteilt wird. Ich darf daher nicht überraschend, doch der Vollständigkeit halber erwähnen, daß unter Partei- und Klubbeiträge alle Zahlungen an politische Parteien, deren Organisationen und Gliede-

rungen sowie an parteinahe Vereine, die auf Grund einer politischen Funktion geleistet werden müssen, zählen. Sogar vom statutenmäßig zuständigen Organ beschlossene außerordentliche Zahlungen und auch solche, die nach dem Ausscheiden aus der Funktion geleistet werden, sind als Werbungskosten zu behandeln. Ich stelle daher fest, daß nach § 33 StG bei einem zu versteuernden Einkommen von über 700.000,- Schilling, aber auch somit bei einem limitierten Nettoeinkommen von 60.000,- Schilling im Monat diese Ausgaben sich noch mit einem Progressionsatz von 50 von 100 auswirken. (*Abg. Haberler: Herr Kollege Riedl! Keiner aus dem Klub hat für 1998 seinen Steuerausgleich gemacht!*) Zwangsläufig trägt somit für diese Abgaben, wenn sie geltend gemacht werden, der österreichische Steuerzahler mit 50 von 100 bei zur Deckung dieser Löcher. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Und nun zum dritten Faktum, zur Kontrolle und dem Vertrauen in die Kontrolle bzw. zur Glaubwürdigkeit in unser politisches System. Faktum ist, daß die Freiheitliche Partei der Schaffung eines unabhängigen Rechnungshofes nicht ihre Zustimmung gegeben hat. Ich meine, durch diese weise Entscheidung kann jetzt der Umgang mit Steuergeld noch genauer durchleuchtet werden. Und noch etwas: In jedem Verein, in jeder Handelsgesellschaft, in jeder GesmbH sind die Geschäftsführer den Gesellschaftern und Obleuten verantwortlich. In jedem Verein ist statutenmäßig das Vieraugenprinzip zwangsläufig vorgeschrieben. Kann es daher wirklich sein, daß mit dem Bauernopfer Gratzer wiederum Sauberkeit im Klub hergestellt wurde? Und alle anderen Klubmitglieder blind und unwissend waren, nichts hörten und nichts sahen? In der Regel führt sowohl in Körperschaften wie in den Gesellschaften und in Vereinen die Geschäfte der Geschäftsführer, wozu er ja nicht nur dem Wortsinn entsprechend, sondern auch statutenmäßig und satzungsmäßig bestellt ist.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte mir nicht anmaßen, Belehrungen ausoder Recht zu sprechen. Sondern ich wollte die Fakten und Fragen formulieren, damit unsere niederösterreichischen Landsleute, die durch die Machenschaften zweifellos stattgefundenen Erschütterung der Glaubwürdigkeit unseres politischen Systems lückenlos aufgeklärt erhalten.

Jede Partei ist gut beraten, aufzupassen, daß sie keinen kriminellen Machenschaften aufsitzt. Umso strenger muß der Maßstab der Eigenverantwortlichkeit im Umgang mit öffentlichen Geldern angelegt werden. Zu dieser Verantwortlich-

keit möchte ich abschließend noch ein Zitat anfügen: „Wenn diese Herrschaften, die ein derartiges Finanzdebakel bauen und Steuergeld mit beiden Händen zum Fenster hinauswerfen, einmal irgend eine Verantwortung über Budgetansätze in unserem Land bekommen, dann gute Nacht.“ Dies ist kein Zitat der letzten Tage gegen die Freiheitlichen, sondern es sind die Worte des Abgeordneten Westenthaler an die Grünen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Hohes Haus! Ich ersuche Sie daher zur raschen Aufklärung der Vorfälle und um weitere Schädigungen hintanzuhalten, auch wenn keine Vorverurteilungen geschehen dürfen, dem vorgelegten Antrag Ihre Zustimmung zu geben. (*Beifall bei der ÖVP und Abgeordneten der SPÖ.*)

ZWEITE PRÄSIDENTIN ONODI: Zu Wort gemeldet ist Herr Landesrat Schimaneck.

LR SCHIMANEK (*FPÖ*): Danke Frau Präsidentin! Hohes Haus! Vorerst möchte ich, Herr Mag. Riedl, Ihnen sagen, Sie würden wir uns nicht als Steuerberater aussuchen. Weil ich verlange von einem Steuerberater, daß er sich zumindest vorher informiert, bevor er solche Dinge da von sich gibt. Das zu Beginn. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Wir haben einen Revisionsbericht im März bekommen. Wir werden die Forderungen des Revisionsberichtes, ich sage es hier noch einmal, berücksichtigen in der Bilanz 1997. Das ist bereits beauftragt. Ich möchte aber noch dazu sagen, wir haben nicht gewußt, daß uns das Land vorhandene Grundstücke um fast fünf Millionen Schilling abwertet. Weil ganz einfach, ich gebe schon zu, daß die Grundstückspreise vielleicht gesunken sind und St. Pölten nicht gerade die ideale Wohnstadt ist, wie wir gesehen haben. Aber wir haben auch nicht gewußt, daß uns die NÖPLAN ein Grundstück zu einem überhöhten Preis verkaufen wird, wie jetzt der Prüfbericht festgestellt hat. Das alles haben wir nicht gewußt. Und dafür können Sie uns nicht verantwortlich machen. (*Beifall bei der FPÖ. - Unruhe bei der ÖVP.*)

Ich möchte auch feststellen, jetzt für den Klub. Es gibt, bitte, kein Finanzdesaster im Klub! Wir haben einen laufenden Kredit, den wir auch beschicken werden. Und über die Abdeckung des von Rosenstingl verursachten Schadens brauchen Sie sich ebenfalls keine Sorgen zu machen. Ich darf Ihnen sagen, gestern haben sich bereits zwei namhafte und auch potente Personen gemeldet, die uns mithelfen wollen. Die haben sich in der Bundespartei gemeldet. Wir sind nämlich eine einheitliche Partei vom Bodensee bis zum Neu-

siedlersee. Und wir sorgen schon dafür, daß wir, wenn etwas passiert bei uns, daß wir es auch sauber wieder bereinigen! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Und abschließend darf ich noch sagen, die Informationen, ich bekenne mich zu meiner Verantwortung als Aufsichtsrat. Nur bin ich hier laut Protokoll Nr. 2 im April des Jahres 1996 ausgeschieden. Das heißt aber noch lange nicht, daß ich mich nicht bekenne zu meiner bis dahin auferlegten Verantwortung. Nicht im November, sondern im April bin ich ausgeschieden. Ich kann es Ihnen vorlesen, wenn Sie wollen. Es steht Ihnen jederzeit zur Verfügung. Danke schön.

ZWEITE PRÄSIDENTIN ONODI: Hohes Haus! Eine weitere Wortmeldung liegt nicht mehr vor. Wünscht der Herr Berichterstatter das Wort?

Berichterstatter Abg. FRIEWALD (ÖVP): Ich verzichte!

ZWEITE PRÄSIDENTIN ONODI: Der Herr Berichterstatter verzichtet. Wir kommen zur Abstimmung. *(Nach Abstimmung über den vorliegenden Antrag):* Dieser Antrag wurde mit Mehrheit angenommen. *(Zustimmung ÖVP, SPÖ, Grüne; Ablehnung FPÖ.)*

Hohes Haus! Die Tagesordnung dieser Sitzung ist erledigt. Die nächste Sitzung wird im schriftlichen Wege bekanntgegeben. Die Sitzung des Landtages ist geschlossen. *(Schluß der Sitzung um 15.39 Uhr.)*